FRIEDENSZEITUNG
NR. 15 DEZEMBER 2015

1 Wie mit dem ‹Islamischen Staat› umgehen?
4 Die Kurden – ein Volk zwischen zwei Reichen
8 Hoffnung auf Friedensabkommen in Kolumbien
10 Jane Addams und Clara Ragaz – zwei Friedensfrauen
12 Zum Friedensnobelpreis 2015 an Tunesien
16 Interview mit einem PWS-Beobachter in Guatemala
22 Nachruf auf Aline Boccardo, Frauen für den Frieden
24 Der letzte Jubiläumsanlass des Friedensrates

Wie umgehen mit dem ‹Islamischen Staat›?

Verhandeln, vernichten, anerkennen oder austrocknen?

Auf die Terroranschläge des sogenannten ‹Islamischen Staat› (IS) in Paris sowie gegen ein russisches Passagierflugzeug über Ägypten haben die meisten westlichen Regierungspolitiker und auch viele Medienkommentatoren mit mehr oder weniger martialischen Kriegserklärungen reagiert. Man werde den IS «vernichten» oder «eliminieren», verkündeten die Präsidenten Frankreichs und der USA, François Hollande und Barack Obama, und erhöhten umgehend die Angriffe ihrer Luftstreitkräfte auf die IS-Milizen in Syrien und im Irak.

/ Andreas Zumach /

Ähnlich äusserte sich auch der britische Premierminister David Cameron, dem allerdings zunächst noch einige besonnene Abgeordnete in der eigenen konservativen Regierungspartei die erforderliche Parlamentsmehrheit für eine britische Beteiligung an den Luftangriffen verwehrten. Nur wenig gemässigter bezeichnete auch der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck die Anschläge des IS als eine «neue Form des Krieges», in dem sich die angegriffene «zivilisierte Welt» nur mit militärischen Mitteln behaupten könne.

Russlands Präsident Wladimir Putin stimmte in die Kriegsrhetorik ein. Be-

Fortsetzung Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

reits seit Ende September bombardieren russische Kampfflugzeuge in Syrien nicht nur Ziele des IS, sondern zunächst vor allem diverse Oppositionsmilizen, die von den Streitkräften der Regierung von Bashar al-Assad bekämpft werden.

Erneut in der Falle des Terrorismus

Mit diesen Reaktionen sind die genannten Regierungen erneut in die Falle des islamistisch gerechtfertigten Terrorismus gelaufen. Genauso wie nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Am Tag nach diesen Anschlägen rief US-Präsident Georg W. Bush den «Krieg gegen den Terrorismus» aus. Und fast alle Regierungen der anderen 192 UNO-Mitgliedstaaten unterstützten diesen ‹Krieg› – wenn nicht militärisch, so doch zumindest politisch. Wer damals dafür warb, die Terroranschläge nicht als «Kriegsakt» einzustufen, sondern als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit», und die unmittelbaren Täter, Hintermänner und Financiers mit allen verfügbaren nationalen wie internationalen juristischen und polizeilichen Mitteln zu verfolgen und vor Gericht zu bringen, wurde höhnisch ausgelacht oder als ‹Weichei› diffamiert.

14 Jahre später wäre eine kritische Bilanz des «Krieges gegen den Terrorismus» mehr als überfällig. Doch sie wird von den kriegsbeteiligten Regierungen verweigert. Denn diese Bilanz fällt verheerend aus: Der bisherige «Krieg gegen den Terrorismus» ist gemessen an den damals erklärten Zielen nicht nur völlig gescheitert, sondern er hat sich als kontraproduktiv erwiesen und das Problem des islamistisch gerechtfertigten Terrorismus und die von ihm ausgehende Bedrohung noch erheblich verstärkt.

Ein Ende des «Krieges gegen den Terrorismus» ist nicht absehbar

Für jeden – überwiegend durch Luft- und Drohnenangriffe der USA – getöteten tatsächlichen oder mutmasslichen Terroristen sind zehn neue nachgewachsen. Und dieser Krieg hat seit seinem Beginn am 7. Oktober 2001 mit US-Luftangriffen auf Ziele des Al-Qaida-Netzwerkes von Osama bin Laden in Afghanistan eine enorme geographische Ausweitung erfahren: Inzwischen werden Ziele bekämpft in Pakistan, Mali, Libyen, Syrien, Irak, Somalia, Jemen, dem israelischen Gazastreifen und der ägyptischen Sinaihalbinsel sowie weiterhin in Afghanistan. Die Ausweitung auf weitere Länder und Regionen ist absehbar.

Ein Ende dieses Krieges oder gar ein Sieg sind nicht absehbar. Daher gibt es keinen Grund zu hoffen, die jüngste Eskalationsstufe dieses Krieges, nämlich die militärische Bekämpfung des IS mit dem Ziel seiner «Vernichtung», könne Erfolg haben. Zumal der IS in vielerlei Hinsicht stärker ist als alle islamistischen Terrorgruppen, die bis heute aufgetreten sind. Der IS verfügt über weit mehr finanzielle Ressourcen und militärische Mittel (hochmoderne Waffen, überwiegend aus US-Produktion, Kämpfer mit Erfahrung aus Aufstandskriegen sowie ehemalige hohe Offiziere der irakischen Armee, die seit 1980 vier klassische zwischenstaatliche Kriege geführt haben) sowie über eine hochmoderne Propagandamaschine, die sämtliche neuen und klassischen Medienformate sowie Kommunikationstechnologien für ihre Zwecke zu nutzen versteht. Vor allem aber ist das Ziel des IS, die Gründung und Ausweitung eines eigenen Staates – des Kalifats –, um vieles attraktiver als der globale Dschihad, den Al-Qaida und andere Organisationen propagieren.

Mit dem IS verhandeln?

Aus Teilen der Friedensbewegung werden Verhandlungen mit dem IS vorgeschlagen. Diesem Vorschlag wird – oft mit grosser Empörung – entgegengehalten, man dürfe mit Menschen, die so schwere Gräueltaten begehen und Frauen so verächtlich behandeln wie der IS, niemals verhandeln. Ähnliche Reaktionen gab es auch schon in den 2000er-Jahren auf damalige Vorschläge, mit den Taliban in Afghanistan zu verhandeln. Diese Reaktionen sind zwar emotional verständlich. Aber grundsätzlich gilt und zeigen auch alle einschlägigen Erfahrungen der Vergangenheit: Wer einen Gewaltkonflikt deeskalieren und beenden will, muss zu Gesprächen und Verhandlungen mit ausnahmslos allen an diesem Konflikt Beteiligten bereit sein. Wobei man sich natürlich rote Linien für derartige Gespräche und Verhandlungen setzen muss.

Der IS stellt keine Forderungen

Im aktuellen Fall des IS stellt sich das Problem aber genau umgekehrt und damit sehr viel schwieriger. Der IS hat überhaupt keine Veranlassung, mit irgendjemandem zu verhandeln – einmal abgesehen von Verhandlungen über Lösegeldforderungen für entführte Personen. Denn im Unterschied zu sämtlichen Organisationen, Gruppen, Netzwerken oder Personen, die seit Ende des Zweiten Welkrieges als Terroristen bezeichnet und behandelt wurden – wie aktuell die Taliban, die PKK in der Türkei, die Tamil Tigers in Sri Lanka oder früher die PLO unter Yassir Arafat, die IRA in Nordirland oder Nelson Mandelas Befreiungsbewegung ANC in Südafrika während der Apartheid –, hat der IS keinerlei politische Forderungen an irgendeine Adresse.

Der IS schafft einfach Tatsachen – nämlich sein Kalifat – und bemüht sich, dieses Kalifat zu konsolidieren und geographisch auszuweiten. Selbst wenn es zu Geprächen mit dem IS kommen sollte: Was wäre der Gesprächsgegenstand, was die Verhandlungsmasse? Soll man dem IS etwa anbieten: Ihr dürft die Millionenstadt Mossul im Nordirak behalten, dafür verpflichtet Ihr Euch aber dazu, keine Menschen mehr zu enthaupten?

Anerkennung des Kalifats?

Wenn politische Verhandlungen mit dem IS nicht möglich sind und der IS auch mit militärischen Mitteln nicht überwunden werden kann – welche Optionen bleiben dann? Etwa die Anerkennung des IS und des von ihm gegründeten Kalifats? Die italienische Terrorismusexpertin Loretta Napoleoni befürchtet in ihrem Buch «Die Rückkehr des Kalifats – der Islamische Staat und die Neuordnung des Nahen Ostens» (Rotpunkt Verlag Zürich, 2015), dass es zu diesem Punkt kommen könnte. Sie schreibt:

«Ist es denkbar, dass europäische Staatsoberhäupter al-Baghdadi eines Tages die Hand schütteln werden? Auch wenn dieser Gedanke abwegig ist: Auch das Unwahrscheinlichste kann möglich



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger **FRIEDENSZEITUNGS**-Autor

werden – ausreichend Konsens vorausgesetzt. Zur Zeit der Abfassung dieses Buches (Juni–September 2014) sind Verhandlungen mit dem Islamischen Staat ausgeschlossen. Aber sollte der Irak aufgeteilt werden, und sollte es dem IS gelingen, in den sunnitischen Gebieten Syriens und des Irak seinen eigenen Staat zu gründen und von hier nach Jordanien, in den Libanon oder in andere wichtige Regionen vorzudringen, wird sich das Bild fundamental ändern.

Würde der Rest der Welt einen Schurkenstaat an den Toren Europas und Israels zulassen? Und könnte dieser Protostaat, erschaffen durch barbarische Gewalt, dank eines internen Konsenses jemals über die notwendige Legitimität verfügen, um den Schritt zu einem modernen Staat zu vollziehen? Wenn dies der Fall ist, wäre es dann nicht besser, einen solchen Staat in die internationale Gemeinschaft zu holen und ihn dadurch zur Respektierung des Völkerrechts zu zwingen, bevor er die Karte des Nahen Ostens zu unserem Nachteil völlig neu zeichnet? Denn es stehen nicht nur Syrien und der Irak auf dem Spiel. Die Angst der Golfstaaten vor dem Vorrücken des Kalifats in die Nähe ihrer Landesgrenzen scheint auf die potenziell revolutionäre Kraft des IS in diesen Ländern zu verweisen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Schurkenstaat und seine despotischen Anführer eine solche Transformation vollbringen – Libyens Muammar al-Gaddafi beispielsweise war von der Staatengemeinschaft anerkannt. Doch es wäre das erste Mal in der Geschichte, dass ein Staat aus reinem Terrorismus und einem vormodernen Eroberungsfeldzug geboren wird.» So weit Loretta Napoleoni.

Handlungsoption: Austrocknen

Wer die Vorstellung einer Anerkennung des IS für noch unrealistischer oder empörender hält als den Vorschlag, mit der Terrormiliz zu verhandeln, sollte sich für die einzige Handlungsoption engagieren, die Aussicht auf Erfolg verspricht: die Austrocknung des IS und seines riesigen potenziellen Nachwuchsreservoirs nicht nur in Syrien und im Irak, sondern im gesamten Krisenbogen zwischen Marokko und Pakistan. Kurzfristig bedeutet das zunächst, den Krieg in Syrien zu beenden.

Denn dieser Krieg ist der aktuell wichtigste Nährboden für den IS. Ein Ende dieses Krieges wird es aber nur geben, wenn alle Staaten, die durch Luftangriffe, durch die Lieferung von Waffen, Geld und Kämpfern an die eine oder andere innersyrische Konfliktpartei oder logistische Unterstützung unmittelbar oder mittelbar an diesem Krieg beteiligt sind, ihre Beteiligung endlich beenden. Das meint in erster Linie die USA, Frankreich und Russland sowie Syriens Nachbarstaaten Saudi-Arabien, Iran und Türkei sowie Katar. Aber auch Staaten wie Deutschland oder die Schweiz sind durch ihre Rüstungslieferungen an die stark in den Syrienkrieg involvierten Länder Saudi-Arabien und Katar an diesem Krieg mittelbar beteiligt.

Mittel- und langfristige Strategien

Mittel-und langfristig müssen aber die Staaten im gesamten Krisenbogen von Marokko bis Pakistan wirtschaftlich und in der Folge dann auch politisch stabilisiert werden. Dies ist nur möglich, wenn die Länder in dieser Region tragfähige nationale Volkswirtschaften entwickeln, die die eigene Bevölkerung ernähren und die wesentlichen Grundbedürfnisse wie Gesundheitsversorgung, Bildung, menschenwürdige Unterkünfte und Sicherheit befriedigen können. Diese materielle und soziale Sicherheit ist unerlässliche Vorbedingung für die Entstehung von stabilen politischen Strukturen, von Demokratie und Gewaltenteilung.

Heute leben im Krisenbogen von Marokko bis Pakistan Millionen von Menschen in sehr prekären Verhältnissen ohne jede positive Lebensperpektive. Unter diesen Bedingungen hat auch Religion eine ganz erhebliche Bedeutung für die eigene Identität, ja ist oft das Einzige, was den Menschen Halt gibt. Das schafft die Anfälligkeit für islamistische Verführer.

Solange das so bleibt, existiert in dieser Region ein nahezu unerschöpfliches potenzielles Nachwuchsreservoir aktuell für den IS oder Al-Qaida und künftig für neue islamistische Terrogruppen. Selbst wenn es – wider Erwarten – gelingen sollte, den IS mit militärischen Mitteln auszuschalten, wie die Regierungen des Westens und Russlands seit den jüngsten Anschlägen suggerieren, wäre das Problem des islamistisch gerechtfertigen Terrorismus überhaupt nicht überwunden.

Siehe dazu auch den Artikel von Andreas Zumach vor einem Jahr in Nr. 11 der **FRIEDENSZEITUNG**: *«Die militärische Bekämpfung des Islamischen Staates durch Luftschläge und Waffenlieferungen ist zum Scheitern verurteilt und kontraproduktiv.»*

Editorial

Wie vor 100 Jahren: Aus lauter Dummheit in einen Weltkrieg?

Der Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges am 24. November 2015 im türkisch-syrischen Grenzgebiet über der syrischen Provinz Latakia durch eine türkische Luft-Luft-Rakete zeigt auf, wie gefährlich nahe wir im Nahen Osten an einer Eskalation mit unabsehbaren Folgen sind. Einen vergleichbaren Zwischenfall mit einem Nato-Staat gab es seit den 1950er-Jahren nicht mehr. Könnte es sein, dass wir wie die europäischen Mächte vor hundert Jahren, wieder aus lauter Dummheit am Rand einer allseits selbstverschuldeten Katastrophe stehen?

Als Antwort auf den Terroranschlag des ‹Islamischen Staats› in Paris am 13. November 2015 gibt sich heute die halbe Welt ein Stelldichein in Syrien, um dem selbsternannten islamischen Kalifat im Irak und in Syrien mit Bomben und (von den Russen) Cruise-Missiles auf den Pelz zu rücken. Bereits die von den Amerikanern geschmiedete Koalition, die seit einem Jahr vergeblich mit Bombardierungen agiert, ritzt dabei ungeniert internationale Konventionen – der Einsatz im Irak ist grenzwertig, jener in Syrien völkerrechtlich nicht abgestützt. Das Gleiche lässt sich vom russischen Einsatz zur Rettung des Assad-Regimes sagen, aber auch die Franzosen und Engländer bewegen sich auf dünnem Eis.

In der Gegend treffen die unterschiedlichsten Interessen aufeinander: Die US-Koalition will die Fehler und Folgen der Irak-Invasion ausbügeln, die Türkei führt, wenn sie nicht gerade gegen die Kurden innerhalb und ausserhalb des Landes kämpft, eine sunnitische Mission gegen das Assad-Regime, das wiederum von schiitischen libanesischen Milizen und dem Iran am Leben erhalten wird. Es fehlen nur noch die Chinesen, auch sie haben Grund, gegen Islamisten vorzugehen.

Alle miteinander wollen zwar nicht die grosse Auseinandersetzung, könnten aber genau in diese hineinschlittern, wenn sie nicht Vernunft annehmen und gemeinsam unter einem klar abgestützten UNO-Mandat agieren.

Peter Weishaupt

Ein Volk zwischen zwei Reichen

Eskalation in der Türkei: Präsident Erdogan versucht mit allen Mitteln, eine Aufwertung der Kurden im Gefolge des Syrien-Krieges zu verhindern. Ein Beitrag zu den Hintergründen des jahrhundertelangen Konflikts und zur aktuellen Entwicklung.

/ Fabian Lötscher /

Kurdistan umschreibt geographisch im Wesentlichen ein Dreieck der Grenzländer Iran, Irak und Türkei. Kurdische Bevölkerung lebt jedoch auch in Syrien, Armenien und Aserbaidschan – wenn auch in geringerer Dichte (siehe Karte rechte Seite). Die zentrale wirtschaftliche Einkommensquelle ist die Landwirtschaft, der Wasser- und Ölreichtum macht die Region strategisch wichtig. Trotz jahrzehntelangen Bemühungen gelang es den schätzungsweise 28 Millionen vorwiegend sunnitisch-muslimischen Kurden nicht, einen international anerkannten Staat zu gründen.

Die Katastrophe von Lausanne

Vor dem 20. Jahrhundert waren die Kurden hauptsächlich nomadisch, sie entzogen sich der staatlichen Kontrolle des osmanischen und persischen Reiches weitgehend. Im 19. Jahrhundert nahm der westliche Einfluss durch den Aufbau von Schulen, Missionsstationen, Krankenhäusern und Konsulaten zu – es folgte auch die Eingliederung in die osmanische Verwaltungsstruktur. Nach der Aufteilung des osmanischen Reiches nach dessen vernichtender Niederlage im Ersten Weltkrieg stellte man den Kurden im Vertrag von Sèvres 1920 einen eigenen Staat in Aussicht.

Nicht zuletzt führte auch innerkurdische Uneinigkeit zur Aufhebung dieser Bestimmungen im nachfolgenden Vertrag von Lausanne 1923. In diesem wurden die bis heute gültigen Grenzen des neuen türkischen Staates völkerrechtlich anerkannt – und folglich waren die Kurden in den Ostprovinzen quasi über Nacht entweder türkische, irakische oder syrische Staatsbürger. Den Griechen und Armeniern wurden Sonderrechte gewährt, die Kurden wurden als Teil der muslimischen Mehrheitsbevölkerung betrachtet und nicht mehr gesondert erwähnt. Bereits zu dieser Zeit machten sich in der intellektuellen Schicht an den Universitäten in Istanbul und Ankara nationalistische Gedanken breit – der kurdische Nationalismus ist jedoch ein Phänomen der letzten Jahrzehnte.

Die Kurden in der Republik Türkei

Atatürk rief 1923 die türkische Republik aus, es folgte die kemalistische Säkularisierung und Homogenisierung mit Zwangsumsiedlungen. Das Ziel war die absolute Trennung des Staates von Religion und Volksklassen. Das Kalifat – ein einigendes Bindeglied zwischen Kurden und Türken – wurde abgeschafft; durch den Ausbau des Schulwesens impfte der Staat den Kindern bereits von klein auf die türkische Sprache und Kultur ein. Kurdische Publikationen und Vereine wurden verboten und mehrere kurdische Rebellionen wurden niedergeschlagen.

Ankara leugnete von da an die Existenz eines kurdischen Volkes in der Türkei konsequent. In den 1950er-Jahren folgte der politische Wechsel auf ein Mehrparteiensystem – was eine demokratische Entwicklung in Gang setzen sollte. Die Realisierung gestaltete sich jedoch nach den Prinzipien der Kemalisten, mit der militärischen Elite als ‹Regierungsberater›. In den Jahren 1960, 1971 und 1980 wurden jeweils demokratisch vom Volk legitimierte Regierungen vom Militär geputscht, was sich als kemalistischer ‹Eingriff› in die Demokratie erwies.

Der Aufstieg der PKK

Die verschiedenen in dieser Zeitspanne gegründeten radikalen Gruppierungen wurden zerschlagen – als einzige raffte sich die Arbeiterpartei Kurdistans PKK schnell wieder zusammen, die in der Folge durch Angriffe auf militärische und staatliche Einrichtungen auf sich aufmerksam machte. Als Ausdruck der Unterdrückung der Kurden galt insbesondere das 1983 in Kraft getretene Sprachverbot, das bis zur Aufweichung der Fronten in den Jahren 1991/92 anhielt.

Ab 1983 wurde die Politik unter Ministerpräsident Özal demokratischer; er bemühte sich um eine lösungsorientierte Kurdenpolitik und brachte die Türkei in vielerlei Hinsicht voran. 1993 erschütterte jedoch sein Tod das Land und stoppte diese Entwicklung. Im selben Zeitraum – ab 1984 – begann die PKK, bewaffneten Widerstand zu leisten (siehe Kasten unten). Die Kurdenfrage, von Özal als Chefsache behandelt, über-

PKK und Öcalan – ein kurzer Exkurs

Die Arbeiterpartei Kurdistans PKK wurde von Abdullah Öcalan in den unruhigen 1970er-Jahren in der osttürkischen Provinz Diyarbakir gegründet, sie hat sich im Laufe der Jahre mehrmals umbenannt. Das ürsprüngliche Ziel der marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisation war, durch einen Guerillakrieg eine Revolution zu erwirken und einen kurdischen Staat zu gründen. Davon rückte sie im Verlauf der Jahre ab. Die Organisation war aufgeteilt in einen militärischen und einen politischen Flügel. Im Militärputsch von 1980 wurde die PKK aus der Türkei vertrieben, ab 1984 kämpfte sie mit Waffengewalt gegen türkische Sicherheitskräfte. Öcalan lebte bis 1998 in Syrien im Exil. Nachdem die Türkei Syrien mit Krieg drohte und Diktator Assad ihn fallen liess, wurde er 1999 nach Aufenthalten in mehreren Ländern in Kenia vom türkischen Geheimdienst verhaftet und daraufhin zum Tode verurteilt. Das Todesurteil wurde 2002 in lebenslange Haft umgewandelt, Öcalan ist seither auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert.

Die PKK ist in der Türkei als terroristische Organisation verboten. Nach dem Beginn des ‹Arabischen Frühlings› ab Dezember 2010 witterte man die Chance, das Ziel einer Staatsgründung in Syrien erreichen zu können. Man geht davon aus, dass die syrischen Volksbefreiungseinheiten YPG ein Ableger der PKK sind, im Iran und im Irak unterhält sie ebenfalls Schwesterorganisationen oder ist direkt aktiv.

gab man nach seinem Tod dem Militär. Bis Ende 1994 räumte und zerstörte das türkische Militär 2000 kurdische Dörfer im Südosten der Türkei, um der PKK den Rückzugsraum und den Kurden den separatistischen Willen zu nehmen.

Erste Hoffnungen unter Erdogan

Nach jahrzehntelangem kollektivem Versagen der Kemalisten, Islamisten und Nationalisten, geprägt von Putschen, Wirtschaftskrisen und Korruption – und der Finanzkrise von 2001 –, gelangte Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP 2002 mit einem Erdrutschsieg ins Parlament. Der charismatische ehemalige Bürgermeister Istanbuls und praktizierende Muslim propagierte einerseits den EU-Beitritt, andererseits verabschiedete er sich trotz Pragmatismus nicht komplett von der Religion.

Tatsächlich verbesserte sich die Situation der Kurden, sie konnten sich nach Abschaffung des seit 1978 andauernden Ausnahmezustandes, der zivile Freiheiten minimalisierte, plötzlich (angst)frei bewegen – und hofften auf weitere Rechte durch einen eventuellen EU-Beitritt. Seit 2012 liefen in der Türkei Friedensverhandlungen zwischen der PKK und der Regierung, 2013 liess Öcalan seine Kämpfer aus der Türkei zurückziehen – eine Waffenruhe wurde verkündet. Erdogan räumte den Kurden zudem mehr kulturelle Rechte ein.

Erstarkte Stimme der Kurden

Die internationale Akzeptanz und Wahrnehmung der Kurden hat durch die aktuellen Geschehnisse in Syrien und im Irak zugenommen. Gemeinsam mit den Streitkräften der Anti-IS-Koalition schafften sie es Anfang 2015, im syrischen Teil des kurdischen Siedlungsgebietes (Rojava), die Stadt Kobane von der unmittelbaren Belagerung des IS zu befreien. Dies bedeutet einerseits – durch das Mitwirken der irakisch-kurdischen Peschmerga – eine Annäherung der Autonomen Region Kurdistan (Kurden im Irak) an Rojava, andererseits wurde durch die Passivität der türkischen Regierung einmal mehr die Prägnanz und das jahrzehntelange Andauern der Kurdenfrage in der Türkei betont.

Diese Passivität und das Drängen Erdogans auf ein Präsidialsystem bewegten viele gemässigte Türken und Kurden, der Regierung den Rücken zu kehren und sich politisch der seit zwei Jahren wachsenden demokratischen



Partei der Völker HDP anzugliedern, sie ist mittlerweile die gewichtigste Stimme der Kurden in der Türkei. Diese Entwicklung führte mit diversen weiteren Faktoren zu einem Popularitätsverlust der islamisch-konservativen AKP Erdogans. Sie verlor denn auch bei den Wahlen im Juni 2015 die Mehrheit im Parlament, mitbedingt durch den Popularitätsschub der prokurdischen HDP.

Die HDP, deren Co-Präsident Selahattin Demirtas die Nähe zur PKK nicht abstreitet, zog mit einem Wähleranteil von 13,1 % (80 Sitze) ins Parlament ein. Die vier im Parlament vertretenen Parteien (konservativ-islamische AKP, kemalistische CHP, rechtsextreme MHP und die linksgerichtete, pro-kurdische HDP) waren aufgrund der ideologischen Gegensätze und Verfeindungen nicht in der Lage, eine stabile Koalition zu bilden, worauf Erdogan das Parlament im August auflöste und Neuwahlen veranlasste.

Kalkulierte Eskalation durch Erdogan

In der Zwischenzeit setzte sich die Gewaltspirale erneut in Bewegung. Nach mehreren Anschlägen der PKK auf türkische Sicherheitsleute erklärte Erdogan den seit zwei Jahren bestehenden Friedensprozess für beendet. Die türkische Armee fliegt seither regelmässig Einsätze gegen Stellungen der PKK in der Südosttürkei und im Nordirak.

Erklärbar ist das Vorgehen der türkischen Regierung einerseits mit der aktuellen innenpolitischen Situation. Der Kampf gegen die PKK diente offensichtlich erfolgreich dem Ziel, die HDP zu kriminalisieren und zu delegitimieren – und die AKP in der zweiten Wahl erstarken zu lassen. Nach terroristischen Anschlägen auf prokurdische Wahlveranstaltungen sah sich die HDP gezwungen, vor der zweiten Wahl im November ihre Propagandaaktivität zu minimieren und den Wahlkampf einzuschränken, was zwar zu einem Stimmenverlust führte – den erneuten Einzug ins Parlament mit einem Wahlanteil von 10,8 % aber nicht verhinderte. Die AKP konnte durch aktive Destabilisierung wie geplant Wähler mobilisieren – und sich die Mehrheit zuungunsten der HDP und der rechtsextremen MHP sichern.

Angst vor kurdischer Autonomie

Andererseits führte die internationale Unterstützung der kurdischen Volksverteidigungseinheiten im Krieg gegen den IS zu einer Stärkung deren Feuerkraft und Bekräftigung des Vorhabens, ein unabhängiges Autonomiegebiet zu gründen –, was der türkischen Regierung Sorge bereitet. Seit Oktober beschiesst das türkische Militär auch Ziele in Rojava und insbesondere Kobane, während Washington versucht, die YPG (Volksverteidigungseinheiten der syrischen PKK-Schwesterpartei PYD) in die Anti-IS-Koalition aufzunehmen, deren Kämpfer mit Waffen unterstützt und gemeinsam mit den Peschmerga IS-Stellungen im Nordirak bekämpft.

Fortsetzung Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Die Türkei hält die östlichen Grenzen zu Syrien weiterhin geschlossen, auch für humanitäre Hilfeleistungen.

Erdogan – und besonders sein Volk – bezahlt mit seiner riskanten Strategie einen hohen Preis. Der Kurdenkonflikt ist entbrannt und der IS-Terror ist in der Türkei angekommen. Es bleibt zu hoffen, dass die jüngste Kritik der EU-Kommission an der Beschränkung der Medienfreiheit und die Mahnung an die Türkei bezüglich Verhältnissmässigkeit bei Anti-Terror-Massnahmen gegen die Kurden ihre Spuren hinterlassen werden.

Fabian Lötscher ist Arzt und arbeitet nebenberuflich ehrenamtlich als Projektmitarbeiter für die Hilfsorganisation delta (www.delta-ngo.ch). Er engagiert sich in diesem Rahmen aktiv in einem humanitären Projekt in Syrien und der Südosttürkei.

Bücher

Amalia van Gent: *Leben auf Bruchlinien*. Die Türkei auf der Suche nach sich selbst. Rotpunktverlag Zürich 2008, Fr. 27.90

Martin Strohmeier und Lale Yalçin-Heckmann: *Die Kurden*. Geschichte, Politik, Kultur. Beck'sche Reihe, Verlag C.H. Beck 2010 (3. Auflage), Fr. 17.90

Benjamin Wochnik: *Atatürks islamische Erben*. Wer regiert die Türkei? Tectum Verlag 2010, Fr. 27.90

Die Kurden im Irak, in Syrien und dem Iran

Irakisch-Kurdistan: Im Gegensatz zu den Kurden in der Türkei, Syrien oder im Iran verfügen die ungefähr fünf Millionen Kurden im Irak über eine autonome Region Kurdistan, mit eigener Regierung in Erbil sowie eigenen Streitkräften, den Peschmerga. Die Autonomie erlangte die Region 1991, nach erfolgreichen Widerständen unter Barzani und unter dem Schutz der USA gegen das Regime von Saddam Hussein, der die Kurden noch 1988 mit Giftgas bekämpft hatte. Im dritten Golfkrieg von 2003 unterstützten die Kurden die alliierten Streitkräfte und gelten seither als Verbündete Amerikas. Jalal Talabani – Staatspräsident bis 2014 – und der aktuelle Präsident Iraks, Fuad Masum, sind Kurden.

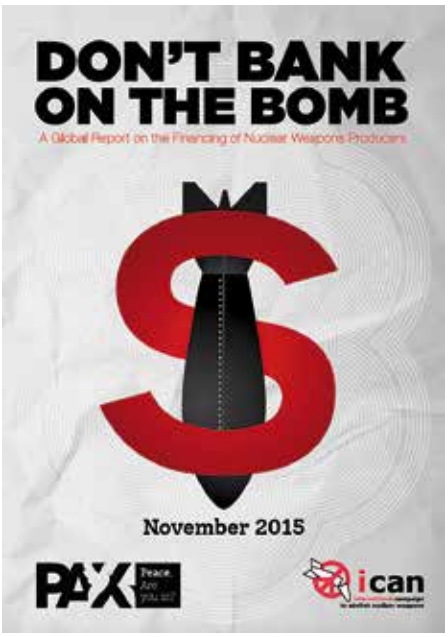
Rojava – Syrien: In Syrien leben ca. zwei Millionen Kurden, nach 1980 bot das Land vielen PKK-Mitgliedern Zuflucht. Die Kurden werden in Syrien hauptsächlich von der Partei der Demokratischen Union PYD vertreten, sie gilt als Schwesterpartei der PKK, ihr bewaffneter Arm sind die Volksverteidigungseinheiten YPG. Sie kämpfen aktuell, wie auch die Peschmerga im Irak, gegen die Milizen des Islamischen Staates, unterstützt von der Anti-IS-Koalition. In der Türkei werden die PYD und PKK als Terroristenorganisation angesehen, die Regierung Erdogans bekämpft die Bestrebungen nach einem autonomen Rojava ebenso wie die PKK, wie die jüngsten Attacken der türkischen Armee auf Kobane zeigen. Auch die Kurden in Syrien sind bestrebt, ein selbstverwaltetes Rojava zu erwirken.

Die Kurden im Iran: Die fünf Millionen vorwiegend im Nordwesten und Norden Irans lebenden Kurden sind Schiiten – wie auch der Grossteil der iranischen Bevölkerung, dennoch sind die Beziehungen spannungsgeladen. Die grösste und einflussreichste kurdische Organisation ist die Demokratische Partei des Iranischen Kurdistans DPKI, daneben besteht die 2004 gegründete und als Ableger der PKK geltende Partei für ein Freies Leben in Kurdistan PJAK – diese führt auch einen bewaffneten Arm, der in den Kurdengebieten die iranischen Sicherheitskräfte bekämpft. Auch die PJAK rief 2011 einen Waffenstillstand aus, vereinzelt wird dieser jedoch gebrochen. DPKI wie auch PJAK bekämpfen mit Peschmerga im Nordirak IS-Truppen, die iranische Armee beschiesst – wie auch die türkische Armee – Stützpunkte der kurdischen Kämpfer in dieser Region.

Der «Don't Bank on the Bomb»-Report 2015

Banken erhöhen Investitionen in Atomwaffenfirmen

Mitte November wurde der bereits vierte «Don't Bank on the Bomb»-Report der internationalen Kampagne zur Abrüstung von Atomwaffen ICAN sowie der niederländischen Friedensorganisation PAX veröffentlicht. Der Report 2015 zeigt, dass Schweizer Finanzintermediäre ihre Investitionen in Atomwaffen produzierende Konzerne nochmals erhöhten. Seit 2012 investierten sie insgesamt mehr als 6,4 Milliarden Franken.



Die UBS hält mit 5,122 Milliarden US-Dollar die höchste Beteiligung an Atomwaffen produzierenden Konzernen, gefolgt von der Credit Suisse mit Beteiligungen in der Höhe von 1,410 Milliarden. Gemäss dem Bericht von 2014 betrugen die Beteiligungen der UBS noch 3,7 Milliarden, sie hat demzufolge ihre Beteiligungen im Berichtsjahr massiv ausgebaut.

Die **FRIEDENSZEITUNG** beschäftigte sich bereits im Dezember 2013 (Ausgabe Nr. 7) und im Dezember 2014 (Ausgabe Nr. 11) in ausführlichen Schwerpunkten mit der Atomwaffenfinanzierung. Wie wir dort ausgeführt haben, besteht im geltenden Kriegsmaterialgesetz (KMG) ein an sich fortschrittlicher Absatz über das Verbot der direkten Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial, zu dem die Entwicklung, Herstellung oder der Erwerb von Atomwaffen und ihren Bestandteilen zählen. Die Banken berufen sich aber darauf, dass sie keine direkte Rüstung finanzieren, sondern nur allgemein in Unternehmen investieren, die auch, aber nicht in erster Linie Rüstungsgüter produzieren, wie etwa die Luftfahrtfirmen Boeing oder Airbus. Oder die nicht nur Bestandteile für Atomwaffen herstellen, sondern andere Rüstungsgüter, wie z.B. die US-Konzerne Northrop Grumman oder Raytheon.

Diese indirekte Finanzierung ist im KMG nur untersagt, wenn dadurch das direkte Verbot «umgangen werden soll». Dies nachzuweisen, ist aber fast unmöglich, weshalb Schweizer Banken diese Regelungslücken im Kriegsmaterialgesetz gezielt ausnützen können, um weiterhin in umstrittene Konzerne zu investieren oder ihnen mindestens Kredite zur Verfügung zu stellen – im Gegensatz etwa zu skandinavischen Banken, die solcherart Geschäfte heute meiden.

Damit fallen die Banken nicht zuletzt auch unserer Diplomatie in den Rücken, die mit über 100 anderen Ländern daran arbeitet, Atomwaffen zu ächten und sie vollständig abzurüsten. Eine Motion von SP-Nationalrätin Evi Allemann vom März 2014, die die Gesetzeslücke im KMG unterbinden will, ist noch hängig. Der Bundesrat hat sie aber bereits umstandslos abgelehnt. Vom neuen Parlament sind diesbezüglich keine Wunder zu erwarten. *pw*

Finanziert Ihr Geld Atomwaffen oder Streumunition? Fordern Sie jetzt Transparenz von Ihrer Pensionskasse!

Es ist bekannt, dass Banken und andere Finanzinstitute in ihrem Portfolio Aktien von Rüstungsfirmen halten, die auch Atomwaffen und Streumunition herstellen und verbreiten. Diese Investitionen tätigen sie mit dem Geld ihrer Kundinnen und Kunden – selbstverständlich ohne dass diese davon in Kenntnis gesetzt werden. Welche Banken in die umstrittenen Konzerne investieren, lässt sich im «Don't Bank on the Bomb»-Report 2015 nachlesen (bei der **FRIEDENSZEITUNG** als PDF erhältlich). Gegebenenfalls wäre ein Wechsel zu einer ethisch verantwortlicheren Bank angezeigt.

Ganz anders jedoch verhält es sich mit den Pensionskassen: Hier sind keinerlei Informationen zugänglich, wo investiert wird und ob die Pensionskasse das ihr anvertraute Vermögen aufgrund ethischer Kriterien verwaltet. Was geschieht mit unseren Pensionskassengeldern? Hier herrscht komplette Intransparenz.

Mit einem Brief an Ihre Pensionskasse können Sie diese zur Transparenz auffordern (siehe den von der GSoA angeregten Musterbrief links). Sie haben das Recht zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht und nach welchen Kriterien Anlageprodukte aus den Portfolios ausgeschlossen werden. Mit unseren Pensionskassengeldern soll die atomare Aufrüstung und Produktion von Streumunition nicht weiter vorangetrieben werden. Schicken Sie uns eine Kopie einer allfälligen Antwort Ihrer Pensionskasse an info@friedensrat.ch. *pw*

Betrifft: Investitionen in Konzerne, die in die Herstellung oder den Vertrieb von Atomwaffen und Streumunition oder Komponenten davon involviert sind

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Mitglied Ihrer Pensionskasse bitte ich Sie um Informationen zu den folgenden zwei Fragen:

- Halten Sie in Ihrem Portfolio Aktien von Unternehmen, die in die Herstellung oder die Verbreitung international geächteter Waffen wie Atomwaffen und Streumunition involviert sind? Gewähren Sie Unternehmen wie Lockheed Martin, Alliant Techsystems oder Honeywell International finanzielle Vorteile oder stehen Sie sonst in Geschäftsbeziehungen mit einer dieser Firmen?
- Verwalten Sie die ihnen anvertrauten Vermögen aufgrund von Nachhaltigkeits-Kriterien (ESG-Kriterien)? Falls Sie dies tun, bitte ich Sie um genauere Angaben, insbesondere um Bekanntgabe Ihrer Kriterien, welche Anlagearten diesen unterworfen sind (Typ und Prozente) und um allfällige zusätzliche Informationen, welche helfen, Ihren Integrationsansatz nachzuvollziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Bemühungen und freue mich auf Ihre Antwort.

Endlich Friedenslösung für Kolumbien?

Lässt der vorläufige Verhandlungserfolg zwischen der Guerillaorganisation FARC und der kolumbianischen Regierung Ende September 2015 in Havanna auf die endgültige Demilitarisierung und Versöhnung im seit Jahrzehnten vom Bürgerkrieg versehrten lateinamerikanischen Land hoffen? Ein Situationsbericht.

/ Marcela Guerrero Bustos /

Beim Erwachen schalte ich normalerweise das Radio ein, um die neusten Nachrichten zu hören. Deutsch ist schwierig für mich und ich verstehe es noch nicht gut. Auch an diesem 23. September 2015 hörte ich die Nachrichten, und ich erkannte sofort, dass der Sprecher Neuigkeiten über mein Heimatland Kolumbien berichtete: Nach drei Jahren Verhandlungen über ein Friedensabkommen in Havanna und nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg haben die kolumbianische Regierung und die Guerillas der FARC[1] ein Übergangs-Justizabkommen vereinbart. Das hört sich einfach an, war es aber überhaupt nicht. Kolumbien blickt auf mehr als 50 Jahre bewaffnete Auseinandersetzung zurück. Zwei Generationen KolumbianerInnen haben keinen einzigen Friedenstag erlebt.

Die dunklen Jahre Kolumbiens

Meine Eltern und ich kennen das Gefühl nicht, in einem Land ohne tägliche gefährliche politische Gewalt zu leben. Meine gleichaltrigen KollegInnen und ich können die ‹hoffnungslose Generation› genannt werden, wir sehen keine Zukunft für Kolumbien. Als junge Erwachsene während der Regierungszeit des rechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe Vélez wuchs mein Interesse am politischen und sozialen Geschehen in Kolumbien.

Die strenge Politik seiner Regierung bedeutete Krieg mit allen möglichen Kräften gegen die Guerillabewegung. Die Jahre zwischen 2002 und 2010 werden denn auch die dunklen Jahre genannt. Uribe war gegen jeglichen Dialog mit den linken Gruppen, vor allem der FARC. Kolumbien wurde ein extrem polarisiertes Land ohne Mitte-Partei. Es gab nur extrem rechts oder extrem links. Politische Gespräche beim Abendessen oder bei einem Treffen im Freundeskreis gab es kaum mehr. Alle, die mit der Regierung nicht einverstanden waren, wurden als ‹Guerillero› oder zumindest als ‹guerillafreundlich› angesehen.

Flüchtlinge im eigenen Land

Die Härte der Uribe-Regierung führte dazu, dass manche Gebiete, die von der FARC besetzt waren, zurückgewonnen wurden. Auf dem Land befanden sich die BürgerInnen im Zentrum des Konfliktes. Die Gewalt führte zur Migration von Millionen von Menschen vom Land in die Städte Kolumbiens. Täglich waren Familien gezwungen, wegen der Kämpfe zwischen der FARC, den Paramilitärs[2] und der kolumbianischen Armee um die Kontrolle in den verschiedenen Zonen zu fliehen. Die kolumbianische Journalistin Maria Teresa Ronderos, die bekannt für ihre jahrelangen Recherchen zum Konflikt in Kolumbien ist, deckte auf, dass zwischen 1985 und 2011 etwa fünf Millionen Menschen gezwungen waren, ihr Zuhause zu verlassen.

Sie flüchteten nicht nur vor Tod und Zerstörung, sondern auch vor dem Zwang, der Armee beizutreten. Gemäss Informationen des Centro de Memoria Historica[3] in Kolumbien starben in diesem Konflikt zwischen 1985 und März 2013 220'000 Personen, 166'000 oder fast zwei Drittel davon waren ZivilistInnen.

Ein neuer Wind weht ...

Der jetzige Präsident Kolumbiens, Juan Manuel Santos[4], wurde 2014 wiedergewählt, er versprach ein Friedensabkommen mit der FARC, der ältesten Guerillabewegung der Welt, abzuschliessen. Santos' Vorschlag wurde manchenorts mit Pessimismus aufgenommen, da die Verhandlungen mit der FARC schon seit August 2012 dauerten, bis Mitte 2015 jedoch kein sichtbares Resultat vorlag. Man vermutet jedoch, dass die Rechtsextremen die Verhandlungen sicher eingestellt hätten, wäre Manuel Santos nicht wiedergewählt worden.

Die KolumbianerInnen waren sich dieser Situation bewusst. Obwohl sie wussten, dass Santos polarisierte und dass bei Weitem keine Einigkeit über seine politischen Ideen bestand, wählten ihn die meisten wieder. Man hoffte auf Frieden mit der Guerilla. Mit ihrer Wahl zeigten die Menschen ihre Ablehnung des Bürgerkriegs und brachten so ihre Hoffnung auf eine friedliche Nation zum Ausdruck.



... und die Hoffnung ist wieder da

Dass die Regierung ein Abkommen mit den Guerillas vorantrieb, überraschte das Land ebenso wie die internationale Gemeinschaft. Der Prozess war alles andere als einfach. Die Verhandlungen betrafen mehrere Bereiche von grosser Bedeutung für die Bevölkerung. Manche Gruppierungen versuchten, eine Lösung zu verhindern. Sie hatten Angst, dass ihnen ein Abkommen in Zukunft schaden könnte. Immer wieder drohten die Verhandlungen zu scheitern. Die grösste Herausforderung für Santos war, die Kontrolle zu bewahren und gleichzeitig eine Weiterführung des Bürgerkrieges zu verhindern.

Die Verhandlungen zwischen den Guerillas und der kolumbianischen Regierung benötigten lange Diskussionen. Das Thema Auslieferung von FARC-Mitgliedern an die USA erforderte viel

Marcela Guerrero Bustos ist Journalistin und Soziologin, sie lebte in Bogota und ist heute in der Schweiz. Sie arbeitet als freiberufliche Reporterin mit den Schwerpunkten Frieden und Migration. 2013 wurde sie in Bogota mit dem Preis für kulturellen Journalismus ausgezeichnet. Sie veröffentlichte ein Buch über die Darstellung der kolumbianischen Bauern in den Medien.

Zeit. Bekanntlich hatten die USA einen grossen Einfluss auf und in der kolumbianischen Regierung und hofften auf eine Auslieferung der Guerillas, um sie wegen Verdachts auf begangene Verbrechen (z.B. Mord, Drogen- und Menschenhandel) vor ein amerikanisches Gericht zu bringen. Theoretisch würden die FARC-Chefs ein solches Abkommen nie unterschreiben.

Schlussendlich fand man die Lösung darin, dass man sich auf ein spezielles Abkommen im kolumbianischen Rechtssystem einigte, das für militärische und bürgerliche Personen gilt, die unter dem Verdacht stehen, sich wegen Kriegs- und anderer Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht zu haben. Guerillasangehörige können nicht mehr in die USA ausgeliefert werden, aber falls sie wegen Kriegsverbrechen überführt werden, müssen sie in ein kolumbianisches Gefängnis.

Die Angeklagten beider Parteien werden unter ein spezielles Rechtssystem ge-

ISIÓN DE
NCILIACIÓN
ACIONAL

tionalen Versöhnung

stellt, das vor allem das Ziel hat, dass die Täter die Wahrheit erzählen. Treten sie vor ein Gericht und bekennen, besteht die Möglichkeit, dass die Strafe weniger hoch ausfällt. Solche Strafminderung kommt nur für jene infrage, die wegen politischer Vergehen oder illegalem Besitz von Waffen vor Gericht stehen, aber nicht für jene, die wegen Vergehen gegen die Menschheit vor Gericht stehen.

Bildung einer Wahrheitskommission

Man hat sich weiter darauf geeinigt, dass die FARC nicht länger eine bewaffnete Organisation ist, sondern zu einer friedlichen politischen Partei wird. Anlässlich der Ankündigung am 23. September, dass das temporäre Rechtsabkommen vereinbart wurde, haben die kolumbianische Regierung und die FARC auch bekanntgegeben, dass das Friedensabkommen nach sechs Monaten, also spätestens am 23. März 2016, unterzeichnet werden soll. Innerhalb von 60 Tagen ab diesem Datum muss sich die FARC entwaffnen. Bis zu diesem Termin müssen beide Parteien auch eine Lösung finden, wie die Opfer des jahrzehntelangen Krieges gerecht entschädigt werden sollen.

Es gilt, am Verhandlungstisch Antworten auf schwierige Fragen zu finden. Es wird darum gehen, Gerechtigkeit zu garantieren, Reparationen fair zu gestalten, die Wahrheit zu eruieren und zu verhindern, dass sich eine solche Situation wiederholt. Dazu wurde eine Wahrheitskommission eingesetzt, deren Ziel es ist, herauszufinden, was wirklich geschah und den Opfern des Bürgerkrieges Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. An diesem Prozess sollen beide Parteien beteiligt sein. Die Kommission hat weiter die Aufgabe, nach den Ursachen des Bürgerkrieges zu fragen und danach, warum er so lange toben konnte. Es ist wichtig, diese Ursachen festzuhalten, um den 50 Jahre dauernden Konflikt in Kolumbien zu verstehen und in der Folge zu erreichen, dass das Land wieder nach vorne sehen kann.

Eine Zukunft in Frieden ist möglich ...

Die kolumbianische Gesellschaft hat genug von Gewalt, die meisten Menschen glauben, dass das Abkommen der beste Weg ist, das Land zu verändern und in die Zukunft zu führen. Die grosse Herausforderung für die Regierung und die FARC ist jedoch, alle KolumbianerInnen von diesem Weg zu überzeugen. Damit das Abkommen von Havanna in der Bevölkerung tatsächlich verankert sein wird, werden die KolumbianerInnen darüber nächstes Jahr in einem Referendum abstimmen.

Natürlich entsteht Frieden nicht einfach durch die Unterzeichnung eines Abkommens. Frieden muss täglich und in einem langen Prozess aufgebaut werden. Insbesondere sind langfristig soziale Probleme wie Ungleichheit und Armut zu lösen. Kolumbien hat diesbezüglich keine Erfahrung. Es ist das erste Mal, dass ein Regierungschef Kopf an Kopf mit dem Chef der FARC-Guerilla verhandelt hat. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kolumbianische Gesellschaft nach dem 23. September 2015 mit einer neuen Realität konfrontiert ist – es geht grundsätzlich um Vergebung. Das wird nicht einfach sein, aber die nachkommenden Generationen verdienen diese historisch einmalige Chance, die politische und soziale Geschichte Kolumbiens zu ändern.

Übersetzung: Iwona J. Fluda



Friedenskalender 2016 zu Kuba

Der bereits 20. Postkarten-Kalender des Schweizerischen Friedensrates hat für 2016 das Thema Kuba. Zwölf farbige, abtrennbare Postkarten enthalten Sujets von Reisen im karibischen Land. Darüber hinaus enthält der Kalender die internationalen Tage der UNO im Jahr der Hülsenfrüchte sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wurde Mitte Oktober allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** zugestellt. Wir danken allen, die uns einen Beitrag dafür überweisen. Weitere Exemplare zum Verschenken an Freunde und Bekannte sind für 25 Franken erhältlich bei info@friedensrat.ch.



1 FARC Revolutionary Armed Forces of Colombia – die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, die älteste heute noch aktive Guerillabewegung.
2 Eine rechtsextreme Gruppe für die Verteidigung der Rechte von Landbesitzern gegen die Guerillas, entstanden in 1980er-Jahren.
3 Das nationale Zentrum der Historischen Erinnerung mit Sitz in der Hauptstadt Bogota.
4 Nach den Wahlen hat Santos gesagt, dass die Zeit der FARC zu einem Ende gekommen sei, und damit hat er den Friedens- und Versöhnungsprozess im Land eingeläutet.

Nobelpreisträgerin Jane Addams und Clara Ragaz-Nadig

Clara Ragaz und die Friedensnobelpreisträgerin Jane Addams verbindet globale und lokale Friedensarbeit. In seinem Rückblick beleuchtet Ruedi Epple das Engagement der beiden Frauen vor hundert Jahren.

/ Ruedi Epple /

1915 tobte der Erste Weltkrieg bereits seit mehr als einem Jahr. Die Hoffnung, der Krieg möge rasch zu Ende gehen, hatte sich nicht erfüllt. Die Fronten bewegten sich aber kaum noch. Die Armeen hatten sich in Schützengräben ineinander verkrallt. Der Ausbruch des Kriegs war für bürgerliche Pazifisten und sozialistische Antimilitaristinnen ein Schock gewesen. Noch 1912 hatte man sich am Internationalen Friedenskongress von Basel versprochen, Frieden zu halten. Es brauchte seine Zeit, bis die Friedensbewegung ihre Krise überwunden hatte und sich zu neuen Aktivitäten aufraffte. In erster Linie traf man sich zu Konferenzen und gründete neue Organisationen.

Dabei bildete sich neben der alten eine ‹neue› Friedensbewegung heraus. Diese sprach nun stärker auch soziale und wirtschaftliche Kriegsursachen an und befürwortete ein radikales Vorgehen wie beispielsweise die Militärdienstverweigerung. Zudem boten verschiedene Organisationen den Frauen die Möglichkeit, künftig eine eigenständige Friedensarbeit zu verfolgen. Schliesslich erwartete die ‹neue› Friedensbewegung von den neutralen Staaten eine aktive Vermittlerrolle.

‹Neue› Friedensbewegung

Jane Addams stammte aus den USA, die bis zu deren Kriegseintritt neutral waren. Clara Ragaz-Nadig lebte in der neutralen Schweiz. Beide Frauen waren in der ‹neuen› Friedensbewegung aktiv. In der Zwischenkriegszeit engagierten sie sich in der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF, ohne sich jedoch vorerst persönlich kennenzulernen. Jane Addams war langjährige Präsidentin der Organisation. Clara Ragaz gehörte nach Addams' Rücktritt dem dreiköpfigen Leitungsgremium an, das ihre Nachfolge antrat. Während Jane Addams den Friedenskongress 1915 in Den Haag besuchte, fuhr Clara Ragaz 1916 nach Stockholm zur Friedenskonferenz. Obwohl die Lebensumstände der beiden Aktivistinnen sehr unterschiedlich waren, teilten sie ein Verständnis von Friedensarbeit, die lokales und globales Engagement miteinander verknüpfte.

Jane Addams präsidierte den Friedenskongress, der vom 28. April bis 1. Mai 1915 in Den Haag über tausend Frauen zusammenführte. Vertreten waren Delegationen zahlreicher Länder. Jane Addams war mit einer starken Delegation aus den USA angereist, wo der Ausbruch des Kriegs progressive sozialreformerische Kräfte aufgeschreckt hatte. Im Kreis des ‹Progressive Movement› befürchtete man, dass der Krieg das politische Klima für soziale Reformen verschlechtern und die dafür vorhandenen finanziellen Mittel verknappen würde. Dementsprechend verschob Jane Addams mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs das Schwergewicht ihres Engagements von der lokalen auf die internationale Ebene: «From 1914 on, Addam's life was dominated by her internationalism and her pacifism rather than by her work at Hull-House (although she still considered these various concerns intimately related).»*

Clara Ragaz: Aktiv für Frauenrechte

Clara Ragaz-Nadig wohnte bei Kriegsausbruch an der Gloriastrasse in Zürich. Ihr Mann Leonhard hatte an der Theologischen Fakultät der Universität eine Professur inne. Clara Ragaz hatte sich nie auf die Rolle der Hausfrau und Mutter zweier Kinder beschränkt. Bereits als Pfarrfrau hatte sie sich sozial engagiert und trat aktiv für die Rechte der Frauen ein. So war sie in der Zürcher Zentrale für Frauenhilfe, der späteren Frauenzentrale, tätig. Der Kriegsausbruch war auch für Clara und Leonhard Ragaz ein Schock. Beide sahen sich veranlasst, ihre Überlegungen zu politischen Fragen zu überdenken.

Clara Ragaz wollte sich nicht auf ein Engagement auf lokaler oder schweizerischer Ebene beschränken. 1915 hatte sie vor, ebenfalls zur Frauenfriedenskonferenz nach Den Haag zu reisen. Doch bestanden in der schweizerischen Stimmrechtsbewegung grosse Vorbehalte gegenüber dem Haager Kongress. Begründet wurden diese damit, dass

* Jean Bethke Elshtain: Jane Addams and the dream of American democracy – a Life. Basic Books, New York 2002

Das Gartenhof-Projekt

Der Basellandschäftler Historiker Ruedi Epple erforscht die Ausläufer der sozialreformerischen Settlement-Bewegung Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts, deren Spuren auch nach Zürich zum sozialreligiösen Theologen Leonhard Ragaz und seiner Frau Clara führen. U.a. war dies für den Schweizerischen Friedensrat Anlass, ein Publikationsprojekt über den Sitz seines Sekretariates an der Gartenhofstrasse 7 zu initiieren. Der Gartenhof, seit 1922 von der Familie Ragaz bewohnt, war in der Zwischenkriegszeit und darüber hinaus eigentliches Zentrum der schweizerischen Friedensarbeit. Obwohl die Finanzierung des Projekts noch keineswegs gesichert ist, haben die Arbeiten daran bereits begonnen – dieser Beitrag wertet vor allem die Briefe von Leonhard Ragaz aus.





Jane Addams, Friedensnobelpreisträgerin 1931

man eine unpolitische, auf das private Umfeld ausgerichtete Friedensarbeit bevorzugte und also dem politisch ausgerichteten Haager Unternehmen kritisch gegenüberstand. Indem sie auf die Reise nach Den Haag verzichtete, nahm Clara Ragaz vermutlich auf diese Vorbehalte Rücksicht.

Die Friedenskonferenz der Neutralen

Zudem stiessen ihre Reisepläne auch bei Leonhard Ragaz auf Bedenken. Er zeigte sich besorgt darüber, dass sie durch das Krieg führende Deutschland hätte reisen müssen, um in die Niederlande zu gelangen. Doch konnten die Sorgen des Ehemannes nicht ausschlaggebend gewesen sein, reiste Clara Ragaz doch wenige Monate später auf ähnlichen Wegen zur inoffiziellen Friedenskonferenz der Neutralen nach Stockholm. War ein Treffen zwischen Jane Addams und Clara Ragaz in Den Haag an Claras Entscheid gescheitert, diese Reise nicht anzutreten, so fand ein Treffen der beiden Frauen in Stockholm wegen Jane Addams nicht statt.

Jane Addams hatte ihre Teilnahme an der Friedensmission Henry Fords, die nach Stockholm und zur inoffiziellen Friedenskonferenz der Neutralen führte, im letzten Moment abgesagt. Zwar hatte Jane Addams dem grossspurigen Unternehmen des Automobilfabrikanten von Anfang an skeptisch gegenübergestanden, doch musste sie dann aus Krankheitsgründen auf eine Teilnahme verzichten. Sie hatte im Vorfeld alles versucht, das Treffen in Stockholm auf eine bescheidenere Ebene zurückzuholen und es vermehrt an den Vorstellungen des Haager Frauenfriedenskongresses zu orientieren. Dann aber wurde sie wenige Tage bevor das Ford'sche Friedensschiff «Friedenskonferenz der Neutralen» in See stach, krank und konnte nicht nach Europa fahren.

Fehlschlag der Friedenskonferenz

Für Clara Ragaz, die wegen einer ihr von deutschen Behörden auferlegten Durchreisesperre drei Monate in Stockholm ausharren musste, war die Friedenskonferenz keine erspriessliche Angelegenheit. Zusammen mit einigen anderen aufgeschlossenen Kräften sowie mit Geduld und Humor gelang es ihr zwar, den Gang der Verhandlungen geringfügig zu beeinflussen und in eine vertretbare Richtung zu bewegen.

Trotzdem kam sie zum Schluss, dass die Konferenz über weite Strecken sehr harzig verlief und kaum Ergebnisse erzielte, die zu einer wirkungsvollen Vermittlungs- und Friedensmission der neutralen Staaten hätten führen können. Clara und Leonhard Ragaz waren sich denn auch einig, dass die Konferenz ein «Fehlschlag» gewesen war. Claras Erfahrungen an der Stockholmer Friedenskonferenz der Neutralen von 1916 dürften das Ehepaar Ragaz darin bestärkt haben, in der Friedensarbeit neue Wege zu beschreiten.

Settlement-Plan für die Schweiz

Der Erste Weltkrieg war noch in Gang, als Leonhard Ragaz in Briefen an seine Frau Clara davon schrieb, seinem Leben eine neue Richtung zu geben. Die Professur an der Universität Zürich überzeugte ihn nicht mehr: Er hatte sich der Kirche entfremdet, bildete aber deren Pfarrer aus. Als Alternative zur Tätigkeit als Professor dachte er «an einen völligen Dienst an den ‹Armen› (im weitesten und tiefsten, im neutestamentlichen Sinn) und an eine gewisse Art von ‹Kommunismus›». Die «Hauptsache» wäre «der geistige Dienst am Proletariat» und dessen «seelische Erweckung». Es schien ihm «immer wieder das Richtige, auf den ursprünglichen Plan zurückzukommen», den «Settlement-Plan,

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

oder wie wir ihn nennen wollten»: «Wir liessen uns irgendwo nieder, seis in Zürich, seis in Basel, wo wir den ‹Armen› am nächsten wären. Hier täten wir die Arbeit, die wir schon haben (abgesehen von der Professur), und begännen mit der neuen Verkündigung.» (Brief von Leonhard Ragaz an seine Frau Clara vom 14.4.1918)

Mit seinem Vorhaben, das er als «Settlement-Plan» bezeichnete, stellte sich Leonhard Ragaz in die Tradition der Settlement-Bewegung. Er hatte diese während eines Englandaufenthalts kennengelernt. Sollte das Vorhaben umgesetzt werden, würden Haushalt und Leben der vierköpfigen Ragaz-Familie völlig umgekrempelt. Für Clara, die inzwischen Präsidentin des schweizerischen Ablegers des in Den Haag gegründeten Frauenkomitees für dauernden Frieden war, bedeutete eine Umsetzung des Settlement-Plans, dass sie Jane Addams und deren Friedensverständnis einen Schritt näherkam. Auch Addams war im Londoner East End gewesen und hatte nach ihrer Rückkehr 1889 in die USA mit dem Hull-House in Chicago eines der ersten Settlements in Übersee gegründet. Bei Kriegsausbruch konnte sie bereits auf über 25 Jahre praktische Erfahrung zurückblicken.

Urchristliche Gemeinde

Clara Ragaz unterstützte den Settlement-Plan ihres Mannes. Doch gingen die Vorstellungen darüber, welches Ziel der Settlement-Plan verfolgen sollte, beim Ehepaar Ragaz auseinander. Zwar war für beide klar, dass Bildungsarbeit ein Ziel zu sein hatte. Daneben aber rückte Leonhard immer wieder das Bruderschaftliche einer urchristlichen Gemeinschaft in den Vordergrund, die in und um den Gartenhof entstehen sollte. Clara hingegen strebte im Einklang mit der Frauenbewegung neben der Bildungsvor allem die Sozialarbeit eines Quartierzentrums an. Und die Sozialarbeit verstand sie in erster Linie als Aufgabe der Frauen.

So schrieb denn Clara Ragaz ihrer Freundin Emma Pieczynska, dass sie sich «nur solange gegen seine Aufgabe der Professur gekämpft» habe, als Leonhard «sie um der sozialen Arbeit willen aufgeben wollte». Rückte bei ihm jedoch in den Vordergrund, «dass seine Stellung zur Kirche ihm das Bleiben nicht erlaube», habe sie «ihn eher dazu ermutigt als davon abgehalten; denn da wurde es eine Gewissensfrage, der man nicht ausweichen durfte». (Brief von Clara Ragaz an Emma Pieczynska vom August 1919)

Heranwachsen von Kosmopolitismus

Durch das Zusammentreffen von Jane Addams und Clara Ragaz im Rahmen des Internationalen Frauenkomitees für dauernden Frieden IFDF, aus der später die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF wurde, erhielt der Settlement-Plan der Familie Ragaz eine zusätzliche, eine friedenspolitische Dimension. Jane Addams gründete Hull -House in einem Stadtteil Chicagos, in dem sich auf engstem Raum und unter schlechtesten Wohnverhältnissen viele Migrantinnen und Migranten aus aller Herren Länder niedergelassen hatten. Was Addams und ihre Mitarbeiterinnen beobachteten, stimmte sie ausgesprochen optimistisch: Ihre Nachbarinnen waren unterschiedlicher Herkunft und redeten verschiedenste Sprachen, trotzdem aber kamen sie sich näher.

Addams stellte fest, dass die zugewanderten Nachbarn bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme und im täglichen Umgang miteinander gemeinsame Interessen entdeckten, Vorurteile überwanden und Zusammenarbeit einübten. Unter ihren Augen und vom Settlement unterstützt sah sie im Gemeinwesen einen Kosmopolitismus heranwachsen, den sie nicht nur unter sozial-, sondern auch unter friedenspolitischen Aspekten als sehr wertvoll und zukunftsträchtig einschätzte. Analog zu diesem Kosmopolitismus im Kleinen würde sich ein solcher auch im Grossen, zwischen den Nationen und Staaten herausbilden, prophezeite Addams 1907 zuversichtlich.

Lokales und internationales Friedensengagement verbinden

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs widerlegte Addams' Optimismus. Sie ging über die Bücher und erkannte, dass es für einen dauerhaften Frieden mehr brauchte als ein Engagement auf der Mikroebene, und reiste also an die Konferenz in Den Haag und übernahm das Präsidium der IFFF. Indem sie lokales und internationales Engagement fortan verband, hob sie zwei Zusammenhänge hervor: erstens den Zusammenhang zwischen Frieden und sozialer Gerechtigkeit, zweitens denjenigen zwischen internationaler und nachbarschaftlicher Zusammenarbeit. Zwar blieb das Einüben von Nachbarschaftsunterstützung im Kleinen unabdingbar, weil hier vieles gelebt wurde, was auch auf internationaler Ebene nötig war. Doch bedurfte es einer Ergänzung durch internationale Bestrebungen und Zusammenschlüsse, beispielsweise dass Friedensarbeit von Frauen vorangetrieben wurde oder sich Nationen im Völkerbund zusammenschlossen.



Clara Ragaz an einer IFFF-Konferenz Ende Juli 1937 in der Tschechoslowakei

Als Clara Ragaz im Rahmen der Vorbereitungen für den Zürcher Frau-

enfriedenskongress in direkten Kontakt zu Jane Addams trat, war sie den Frauen aus Addams' Umfeld wie etwa Emily Balch oder Lilian Wald bereits als «Swiss friend» bekannt. Im März 1919 erhielt Clara Ragaz dann auch Post von Jane Addams persönlich. Die Präsidentin des IFDF bot dem Vorbereitungskreis des Zürcher Kongresses um Clara Ragaz telegraphisch an, dessen Auslagen mit einer Überweisung von zehntausend Franken vorzufinanzieren.

Endlich ein persönliches Treffen

Gleichzeitig kündigte Jane Addams an, sich am 9. April nach Le Havre einzuschiffen (Telegramm von Jane Addams an Clara Ragaz vom 24.3.1919). Anlässlich ihres Aufenthalts in Zürich lernte Jane Addams dann nicht nur Clara Ragaz, sondern auch ihre Familie persönlich kennen. Jedenfalls berichtete Clara in späteren Briefen an Jane ausführlich von ihrem Mann und ihren Kindern. Auch informierte sie ausführlich über den Rücktritt Leonhard Ragaz' von seiner Professur sowie über den Settlement-Plan. Jane Addams ihrerseits erkundigte sich nach dem Befinden der Familie und erwähnte den Rücktritt eines «well-known theological professor in a Swiss University» in einer ihrer Publikationen.

Zu einer Zusammenarbeit von Clara Ragaz und Jane Addams kam es bei jenen Bestrebungen im Rahmen der IFFF, die darauf ausgerichtet waren, Kriegen durch Interventionen auf der Mikroebene vorzubeugen. So schuf die IFFF am dritten Kongress in Wien ein ständiges Komitee «Friedens-Missions-Arbeit», dem sich Clara Ragaz anschloss. Wie späteren Kongressberichten zu entnehmen ist, plante dieses Komitee die Gründung von Settlements in Krisengebieten als wichtigsten Beitrag zur Friedensstiftung.

Als sich Clara Ragaz und Jane Addams persönlich trafen, vertraten beide die Auffassung, dass Friedensarbeit sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene ansetzen und lokales und internationales Engagement verbinden musste. Der ‹Gartenhof› in Zürich setzte dieses Konzept mustergültig um: Er bot nationalen und internationalen Organisationen einen Sitz. Gleichzeitig strahlte er als Bildungseinrichtung auf regionaler und nationaler Ebene aus. Schliesslich wirkte er als Settlement auch auf seine unmittelbare Nachbarschaft in Zürich-Aussersihl ein.



Das internationale Netzwerk der Museen für den Frieden

Ban Ki-moon, der UNO-Generalsekretär, hat einmal gesagt: «Die Welt ist überbewaffnet und der Frieden unterfinanziert.» Leider wurde seine Stimme nicht von vielen an vielen Orten gehört. Einer der Zuhörer, Peter van den Dungen, versteht diese Worte besonders gut, da er sich seit Jahren beruflich wie ehrenamtlich für den Frieden engagiert. Er ist Gründer und Hauptkoordinator des internationalen Netzwerks der Museen für den Frieden (International Network of Museums for Peace INMP) und Direktor des Friedensmuseums in Bradford (Grossbritannien), und als Friedenshistoriker unterrichtet er seit 1976 an der Abteilung für Friedensstudien an der Universität Bradford.

Das Friedensmuseums-Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Friedensmuseen, Friedensgärten und anderen Friedenszentren und Institutionen, die den gleichen Wunsch teilen, eine globale Friedenskultur zu schaffen. Das Netzwerk wurde 1992 in Bradford bei der ersten Internationalen Konferenz der Friedensmuseen ins Leben gerufen, die vom Verband «Give Peace a Chance» einberufen worden war. 1998 entstand daraus eine Nichtregierungsorganisation, die den NGO-Status von der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen in New York bekam.

Das INMP wurde erst 2009 offiziell als Stiftung gegründet. Seit 2010 hat die Organisation einen festen Sitz in Den Haag – der Stadt des Friedens in den Niederlanden. Das Hauptziel des Netzwerks ist es, einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten, indem man die Arbeit der Friedensmuseen fördert und verbessert. Dies soll vor allem durch die Zusammenarbeit zwischen den Friedensmuseen, Friedensinstitutionen und Einzelpersonen erreicht werden.

Die Teilnahme an internationalen Konferenzen sowie die Organisation anderer Aktivitäten, die Publikation von Büchern, Artikeln und Newsletters gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Netzwerks. Von grosser Bedeutung ist auch die Förderung des Austausches von Informationen, Materialien und Ausstellungen. Wichtig sind auch die Konferenzen, die vom Netzwerk jedes Mal in einer anderen Stadt durchgeführt werden (z. B. in Diksmuide – Belgien, Gernika-Lumo – Spanien, Osaka – Japan) und an denen sich die Mitglieder des Netzwerks aus der ganzen Welt treffen.

Das internationale Netzwerk der Museen für den Frieden ist eine der wenigen Institutionen, die mit ihrer Arbeit zeigen, dass Frieden möglich ist und dass dank der Kooperation mit anderen Institutionen und mit der Entwicklung einer Friedenskultur ein bedeutsamer Beitrag für den Frieden geleistet werden kann. Die Friedensmuseen spielen dabei eine wichtige Rolle und schaffen den Raum für Friedensförderung.

Iwona J. Fluda

Mehr Informationen: www.museumsforpeace.org

Über den Friedensnobelpreis hinaus

Das norwegische Komitee für den Friedensnobelpreis hat am 9. Oktober 2015 seine diesjährige Auszeichnung dem «Quartett des nationalen Dialogs», einem 2013 auf Initiative des tunesischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes gebildeten Zusammenschlusses von zivilgesellschaftlichen Organisationen verliehen. Mit seiner Wahl wollte das Komitee nicht nur die entscheidende Rolle des Quartetts bei der Verhinderung eines Bürgerkriegs in den Jahren 2013/2014 würdigen, sondern das tunesische Volk in seinem Kampf für eine Demokratie ermutigen und auch ein Zeichen für den Arabischen Frühling setzen. Ein Kommentar des Koordinators des Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, der in Tunesien stark engagiert ist.

/ Urs Sekinger, Solifonds /

«Ihr könnt nicht nach Tunis zurückfahren, ohne den Opfern in Thala eure Referenz erwiesen zu haben», beschied uns Rechtsanwalt Ridha Raddaoui in Gafsa, als sich unsere Gewerkschaftsdelegation im März 2011 auf den Weg in die Hauptstadt aufmachte. In Thala, in der bergigen Region zur algerischen Grenze gelegen, waren am 8. Januar 2011 sechs junge Männer, einer davon im Rollstuhl, während Protestaktionen von der örtlichen Polizei erschossen worden. Beim Denkmal für diese Opfer angekommen, waren wir bald von zahlreichen Männern umringt, vornehmlich jüngeren, die uns eindringlich die Ereignisse vom Januar erzählen wollten.

Es war kalt und deshalb schlug jemand vor, die Gespräche im nahegelegenen Lokal des tunesischen Gewerkschaftsbunds UGTT weiterzuführen. Das Büro des Gewerkschaftssekretärs war schnell voll, doch aus seiner Haltung wurde nicht klar, ob er die Inbesitznahme seines Lokals begrüsste. Das wiederum kümmerte unsere Gesprächspartner nicht, denn seit dem Aufstand war das UGTT-Lokal zum «revolutionären Raum» geworden.

Das Gewerkschaftslokal als «revolutionärer Raum»

Viele unserer Gesprächspartner betonten immer wieder, wie wichtig die Lokale der UGTT während des Volksaufstands waren. Sie waren Rückzugsorte vor den Angriffen der Sicherheitskräfte, Diskussionsforen und, wie in Thala, Zentren der lokalen Aufstände. Dabei gab die UGTT kein einheitliches Bild ab. In Gebieten, in denen die regionale UGTT von engagierten GewerkschafterInnen, etwa aus dem Erziehungsbereich, geführt wurde, beteiligte sich die Gewerkschaft aktiv am Aufstand gegen die Diktatur.

An andern Orten, wie in Thala, hielten sich die Funktionäre zurück und wurden vom Volksaufstand überrollt. Andere wiederum folgten dem damaligen nationalen UGTT-Generalsekretär, der bis zum Schluss zu Präsident Ben Ali hielt, und verweigerten sich dem Volksaufstand. Sie wurden mit dem Sturz des Diktators am 11. Januar 2011 hinweggefegt. Es entstand eine erneuerte, dem Volksaufstand verpflichtete UGTT.

Nationaler Dialog als Ausweg aus der politischen Krise

Die Verpflichtung führte dazu, dass die UGTT unter ihrem neuen Generalsekretär Houcine Abassi Mitte 2013 die Initiative zu einem «nationalen Dialog» ergriff. Tunesien befand sich in einer schweren politischen Krise. Die tunesische Parteitroika – islamistische Ennahda, sozial-liberale CPR und sozialdemokratische Ettakatol –, seit Ende 2011 an der Macht, zeigte keine Anstalten, die Arbeiten an der neuen Verfassung zum Abschluss zu bringen und allgemeine Wahlen durchzuführen. Nach der Ermordung der beiden linken Politiker und Ennahda-Kritiker Chokri Belaïd (Februar) und Mohamed Brahmi (Juli) kam es zu Protestaktionen im ganzen Land, die Lage war explosiv.

Der UGTT gelang es, den Unternehmerverband UTICA, die Menschenrechtsvereinigung LDTH, unter Ben Ali massiv unterdrückt, und die nationale Anwaltskammer, deren Mitglieder sich oft für die Opfer der Diktatur eingesetzt hatten, wie Rechtsanwalt Raddaoui in Gafsa, zusammenzubringen. Ziel dieses Quartetts, bestehend aus den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen, war es, die politischen Parteien an der Macht sowie die Opposition auf einen demokratischen Übergang zu verpflichten. Der nationale Dialog unter Leitung des Quartetts erreichte schliesslich, dass die neue Verfassung am 24. Januar 2014 verabschiedet und Ende 2014 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen durchgeführt wurden.



Tunesien als Beispiel für andere Länder

Wenn heute Tunesien das einzige Land des arabischen Frühlings ist, in dem demokratische Strukturen geschaffen und ein Bürgerkrieg oder

eine Militärdiktatur verhindert wurden, dann ist das wesentlich diesem nationalen Dialog zu verdanken, angestossen und vorangetrieben durch die UGTT. Dabei konnte sich der Gewerkschaftsbund auf das Vertrauen eines grossen Teils der tunesischen Bevölkerung abstützen, das sich die einzelnen Gewerkschaften durch ihr engagiertes Verhalten in den Zeiten der Volksaufstände geschaffen hatten. Damit hatten sie auch die Möglichkeit, der Demokratie im Land nötigenfalls mittels Mobilisierungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Es ist zu begrüssen, dass der Friedensnobelpreis den vier Organisationen des nationalen Dialogs zugesprochen wurde und darüber hinaus – wie die Vorsitzende des Nobelkomitees herausstrich – als Ermutigung an das tunesische Volk verstanden werden soll, das in einer äusserst schwierigen Situation den nationalen Zusammenhalt und die Demokratie bewahrt habe. Ihrem Wunsch, Tunesien möge als Beispiel für andere Länder dienen, kann nur beigepflichtet werden.



Spontane Versammlung im Gewerkschaftslokal der UGTT in Redeyeff, wo 2008 ein sechsmonatiger Streik der Bevölkerung die Ben-Ali-Diktatur herausforderte.

Wirtschaftskrise und Perspektivlosigkeit als Zukunftsbedrohung

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass die grösste Gefahr für Demokratie und Frieden auch in Tunesien von der schwierigen wirtschaftlichen Lage ausgeht. 2008 forderte ein sechsmonatiger Streik der Bevölkerung von Gafsa das Ben-Ali-Regime heraus. Die Menschen protestierten dagegen, dass der einträgliche Phosphatabbau ihnen nur Armut und Umweltverschmutzung bringe. Der Aufstand wurde gewaltsam unterdrückt, aber er gilt als Ursprung der Revolution von 2011. Heute ziehen desillusionierte junge Menschen in den Krieg in Syrien. Oder sie verüben Anschläge im eigenen Land: im März gegen BesucherInnen des Bardo-Museums, im Juni auf ein Touristenhotel in Sousse und ganz aktuell Ende November 2015 gegen die Präsidentengarde.

So erfreulich die Verleihung des Friedensnobelpreises an das nationale Quartett und das tunesische Volk gerade angesichts dieser Terrorangriffe ist, die eigentliche Herausforderung für dauerhafte Demokratisierung und Frieden liegt in der wirschaftlichen Zukunft des Landes. Schuldendienst, aufgezwungene Strukturanpassungsmassnahmen oder Freihandelsverträge in der Logik der neoliberalen Globalisierung machen aus Tunesien einen wirtschaftlichen Vasallenstaat. In Sonderwirtschaftszonen profitieren Unternehmen von billigen ungeschützten Arbeitskräften. Eine eigenständige, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Entwicklung wird so verhindert. In diesem Sinne ist der diesjährige Friedensnobelpreis Aufforderung und Verpflichtung für uns alle, uns für eine gerechte Wirtschaftspolitik global einzusetzen.

Tagung 100 Jahre Zimmerwald-Konferenz in Bern

Am 4. und 5. September 2015 fand im Berner Volkshaus eine von der Robert-Grimm-Gesellschaft organisierte Tagung statt, die sich mit der vor hundert Jahren von Grimm in Zimmerwald bei Bern einberufenen Konferenz von sozialistischen Kriegsgegnern auseinandersetzte. Der erste Tag stand ganz im Zeichen verschiedener Referate und Workshops, der zweite bot Politikern wie Gregor Gysi, dem abgetretenfen Fraktionsvorsitzenden der deutschen Linken, oder SP-Parteichef Christian Levrat ein Podium für launige Ausführungen.

Der Basler Historiker Bernhard Degen würdigte die Zimmerwalder Konferenz als «einzigen geglückten Versuch, die internationalen Beziehungen unter Sozialisten über die Kriegsfronten hinweg wieder herzustellen». Das war auch bitter nötig, nachdem bei Kriegsausbruch 1914 fast alle sozialistischen Parlamentarier in den jeweiligen Ländern wähnten, sich in einem Verteidigungskrieg zu befinden. Die Zimmerwald-Konferenz und die zweite Konferenz Ende April 1916 in Kiental wollten ein Zeichen gegen diesen «Sozialpatriotismus setzen».

Nebenbei war der russische Genosse Lenin in Zimmerwald damit beschäftigt, unter dem Motto «Krieg dem Kriege» die Konferenz mit der Forderung nach einer Revolution gegen Europas Krieg führende Eliten aufzumischen. Wenig Erhellendes zur Geschichte brachten Versuche, Aktualitätsbezüge herzustellen. Die Tagungsleiterin Monika Wicki stellte im Anschluss ans gut besuchte Treffen in Bern unter dem Titel «Gemeinsam für den Frieden» eine Textsammlung zusammen, die nicht nur historische Manifeste gegen den Krieg vor hundert Jahren umfasst, sondern ebenfalls die auch von Friedensorganisationen mitgetragene aktuelle Positionsbestimmung «Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit» enthält. *pw*



www.zimmerwald1915.ch www.robertgrimm.ch

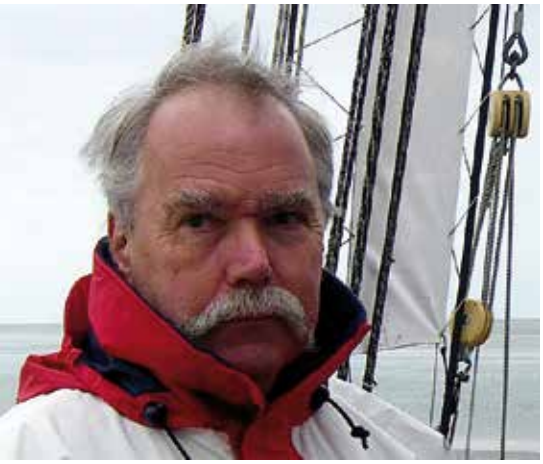
Interview mit Peter Keimer, Peace Watch-Beobachter in Guatemala

Menschenrechtsverletzungen unter Beobach

Peter Keimer ist im November 2015 nach einem Einsatz als Menschenrechtsbeobachter von Peace Watch Switzerland in Guatemala in die Schweiz zurückgekehrt und berichtet für die FRIEDENSZEITUNG über seine Erfahrungen und Tätigkeiten im bürgerkriegsversehrten mittelamerikanischen Land.

Peter Keimer, Ihr Einsatz als Menschenrechtsbeobachter ist jetzt abgeschlossen. Was war Ihre Arbeit in Guatemala?

Peter Keimer: Meine Tätigkeit hatte drei Hauptbereiche: Erstens hatte ich direkten Kontakt zu bedrohten Menschen und zu Opfern sowie zu Zeugen und Zeuginnen von Gewalt, ich machte viele Besuche, um Schutz zu bieten und Präsenz zu markieren. Zweitens pflegte ich intensiven Austausch mit dortigen MenschenrechtsverteidigerInnen und ihren Organisationen und übernahm Aufgaben im Büro von ACOGUATE, dem internationalen Begleitungsnetzwerk, in der Hauptstadt Guatemala-City – Berichte schreiben, Öffentlichkeitsarbeit leisten, Vernetzung betreiben. Und als dritten Bereich sehe ich die Informationsarbeit in der Schweiz: Informationen über die Menschenrechtssituation in Guatemala an Veranstaltungen und über die Medien verbreiten sowie Kontakte zu Leuten suchen, die diese Anliegen weitertragen.



Peter Keimer

hatte eine Ausbildung als Sozialarbeiter und war dreissig Jahre als Organisationsberater tätig. Er zog sich aus dem Erwerbsleben zurück und sah sich nach einer gesellschaftlich relevanteren Tätigkeit um. Dabei stiess er auf Peace Watch Switzerland. Er interessierte sich zunehmend für die Freiwilligenarbeit im Bereich Friedensförderung und speziell für die Arbeit in Lateinamerika, nachdem er vor sechs Jahren angefangen hatte, Spanisch zu lernen und nun eine Möglichkeit suchte, seine Kenntnisse praktisch anzuwenden. In seinem Blog *www.tonatiuh.eu* hat er über seinen Einsatz berichtet.

Mit Peter Keimer sprachen Peter Weishaupt und Heinrich Frei Mitte November 2015 am Redaktionssitz in Zürich.

Sie beobachteten nicht nur die Menschenrechtslage und sammelten Informationen, sondern begleiteten auch konkret Menschen in schwierigen Situationen. Was machten Sie da?

Zum einen begleitete ich etwa KlägerInnen oder ZeugInnen zu einem Gerichtstermin, wenn sie unterwegs stärker exponiert waren als zu Hause. Andererseits machte ich Besuche vor allem bei Familien, deren Mitglieder später einmal als Zeugen auftreten wollen, oder bei AktivistInnen von Basisorganisationen, die über ihre persönliche Betroffenheit hinaus auch eine gesellschaftliche Rolle übernehmen, indem sie Menschenrechtsverletzungen anklagen und so öffentlich machen.

Wir besuchten die Leute zu Hause und reisten also in exponierte Gegenden, sprachen mit den BewohnerInnen über die aktuelle Situation in ihrem Dorf, aber auch über Probleme in der Landwirtschaft – es herrschte manchenorts gerade eine grosse Dürre – und über allgemeine Fragen des Alltags. Mit der Zeit lernten wir die Familien besser kennen, und sie berichteten uns von ihren Sorgen mit ihren Kindern oder mit der Schule, über die kranke Grossmutter usw. Wichtig an diesen Besuchen ist die Kontinuität und dass sie deutlich wahrgenommen werden, nicht nur von der Familie selbst, sondern vom ganzen Dorf, allenfalls auch von Gegnern.

Ihr Schutz besteht also vor allem darin, durch eine persönliche Präsenz eine Öffentlichkeit herzustellen, damit Menschenrechtsverletzungen nicht versteckt erfolgen oder vergessen gehen.

Die Leute, die ein Interesse daran haben, dass es in Gerichtsfällen überhaupt nie zu einer Verhandlung kommt – das sind vor allem allem Landbesitzer, ehemalige Militärs und ihre Angehörigen oder privates Sicherheitspersonal –, überlegen sich zweimal, ob sie Personen und Familien bedrohen wollen, die von uns besucht werden, weil ihre Kosten höher sind, wenn die Rechtsverletzungen durch uns öffentlich gemacht werden. Wir schalten bei konkreten Gefährdungen unsere Botschaften ein, gelangen an die internationale Presse usw. Wenn diese Art Begleitung nicht stattfände, würden viele dieser Bedrohungen bestenfalls noch bei der lokalen Polizei zur Anzeige gebracht, dann aber wegen der weitverbreiteten Praxis der Straflosigkeit bald schubladisiert und vergessen.

Zwischen 1969 und 1996 sind im guatemaltekischen Bürgerkrieg über 200'000 Menschen umgekommen, dabei kam es oft zu schweren Menschenrechtsverletzungen: Die Menschen wurden vom Militär oder von den verbreiteten paramilitärischen Sicherheitsorganen, aber auch von Guerillaverbänden gefoltert, vertrieben, ermordet. Geht es bei den heutigen Gerichtsfällen um eine Aufarbeitung dieser Zeit, einer Art Versöhnungs- und Erinnerungsarbeit, oder um neue Vorfälle von Menschenrechtsverletzungen?

Sowohl als auch: Es gibt die Fälle aus dem Bürgerkrieg immer noch, aber die Betroffenen werden älter, sterben langsam aus. Das gilt auch für die Angeklagten. So ist etwa der ehemalige Diktator Efraín Ríos Montt, der am 10. Mai 2013 wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einem guatemaltekischen Gericht zu 80 Jahren Gefängnis verurteilt worden war (das Urteil wurde wegen angeblicher Verfahrensfehler vom Verfassungsgericht kassiert und das Verfahren neu angesetzt), unterdessen senil, er wird am Genozid-Prozess nicht mehr persönlich teilnehmen können. Aber es gibt auch die Nachwehen des Bürgerkrieges, nämlich Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten zehn, fünfzehn Jahren stattgefunden haben. Begonnen hat dies mit Widerstandsaktionen gegen den Bau

tung



von Kraftwerken und Minen der Bergwerksgesellschaften.

Diese Menschenrechtsverletzungen haben insofern einen Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg, als in vielen dieser Gebiete, die von Kraftwerkunternehmen oder Minengesellschaften beansprucht werden, die Besitztitel umstritten sind. Viele Indigene wurden während des Bürgerkriegs aus ihren Siedlungen vertrieben, einige sind zwar wieder zurückgekommen, haben aber etwa andere Vertriebene auf ihrem Land vorgefunden oder sahen sich mit Landtiteln konfrontiert, die während des Bürgerkrieges von Bergwerksgesellschaften ohne Rücksprache mit den vormaligen Besitzern in Anspruch genommen worden waren, weil jene irgendwo in den Bergen lebten, wohin sie geflüchtet waren.

Also existierte und existiert ein völliges Durcheinander in Bezug auf die Landrechte. Die Landrechte der internationalen Firmen und teilweise der Ex-Militärs sind besser verbrieft, sie hatten Zugang zu Anwälten, zu Landregistern usw. Die meisten Landrechte der indigenen Bevölkerung sind jedoch schlecht verbrieft, weil sie auf ungeschriebenen Traditionen beruhen. Dadurch gibt es Vertreibungen, die nicht direkt mit dem Bürgerkrieg zu tun haben, sondern eine Folge der neu geschaffenen Landrechte sind. Sie sind aus Sicht der Indigenen widerrechtlich, weil ihre Leute aus den angestammten Territorien vertrieben werden, damit andere das Land für den Kupfer- oder Nickelabbau ausbeuten können.

So wurden also die Rechte der Menschen, die im Bürgerkrieg vertrieben wurden und nach dessen Ende in ihre früheren Wohngebiete zurückkehrten, nicht oder ungenügend gewahrt?

Da muss ich etwas ausholen. Es gab interne und externe Rückkehrer, die externen waren Leute, die aus Mexiko, wohin viele geflüchtet waren, zurückkamen, als interne Rückkehrer bezeichnet man die ‹Umplatzierten›. Während des Bürgerkrieges wurden ‹Modelldörfer› im Sinne von konzentrierten Lagern geschaffen – das waren vom Militär kontrollierte Dörfer, in denen die traditionellen Formen der indigenen Selbstorganisation aufgehoben waren. Ein durch das Militär eingesetzter Bürgermeister schaute da zum Rechten. Aus der Sicht der Militärs bedeuteten damals die verstreuten Siedlungen der Indigenen eine Gefahr, weil sie den Guerillas Unterschlupf und Nahrung hätten bieten können. Weshalb sie ‹konzentriert› und durch das Militär dann auch regiert und bewacht wurden. Das alles hat viel dazu beigetragen, dass zahlreiche Landkonflikte nach dem Bürgerkrieg überhaupt entstanden sind; einerseits die Vergabe von Landrechten an internationale Minengesellschaften und Kraftwerkgesellschaften, andererseits die ungeklärten Besitzverhältnisse der ausschliesslich indigenen Bevölkerung.

Wie verlief das Ende des Bürgerkrieges und gab es seither eine Versöhnungsarbeit zur Überwindung der Kriegsfolgen?

1996 gab es einen Friedensvertrag, der durch internationale Vermittler und durch die Aktivität der katholischen Kirche zustande gekommen war. Auch die beiden Parteien, also die Militärregierung wie die politische Organisation der Guerillas, haben dazu beigetragen. Dieses Vertragswerk enthält zwölf Kapitel und ist sehr ausführlich. Es beinhaltet nicht nur die Bedingungen für den Waffenstillstand, sondern auch für den Wiederaufbau, die Anerkennung der Rechte der indigenen Bevölkerung und ihrer Kultur sowie der Selbstorganisationsformen der Mayas, Xincas und Garifunas.

Das Problem ist die Umsetzung des Friedensvertrages, der grundsätzlich auch für die Menschenrechtsaktivisten im Land eine gute Basis für die Versöhnung darstellt. Die Verträge werden selbst durch die konservativen Teile der guatemaltekischen Gesellschaft nicht bestritten, aber überall dort, wo die Regierung Aufwendungen und konkrete Änderungen durchführen müsste, um die Friedensverträge umzusetzen, stockt es. Ebenso im Parlament, denn ein Teil der Vereinbarungen bedingt gesetzliche Grundlagen. Diese sind zwar in Arbeit, aber es gibt einen riesigen Rückstau, und das Parlament in seiner bisherigen Zusammensetzung war nicht bereit, einen Grossteil der gesetzlichen Grundlagen wirklich zu verabschieden, was nötig wäre um wieder einen Schritt weiterzukommen.

Die Indigenen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, hatten aber vor 1985 als mehrheitliche Analphabeten nicht einmal das Wahlrecht. Gibt es heute Abgeordnete der Maya im Parlament?

Es gibt 15 indigene Vertreter, davon eine Frau, das sind gerade zehn Prozent der Abgeordneten. Die indigene Bevölkerung wählt also weitgehend nicht die eigenen Leute ins Parlament. Das hat mit dem politischen System in Guatemala zu tun. Es gibt eine Unzahl von politischen Parteien, 15 bis 20, die sich an den Wahlen beteiligen, sie sind aber nicht viel

Fortsetzung Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

mehr als Wahlmaschinen, die meisten haben inhaltlich wenig Substanz, verfügen über kein Wahlprogramm und nur über wenige Mitglieder. Sie werden von zwei, drei Dutzend Personen geführt, aber ihre Mitglieder, sofern es sie überhaupt gibt, haben kaum etwas zu sagen.

Die Parteien gewinnen die Wahlen, indem sie lokale Versprechen machen und Geschenke verteilen. Die Kandidatinnen und Kandidaten gehen in die Dörfer, führen Einkaufstaschen mit Zucker, Reis, Öl und Bohnen oder Säcke mit Dünger mit und verteilen sie ans Volk. Ähnlich ist es mit den Bürgermeistern, die lokal über viel Macht verfügen. Auch sie werden auf diese Weise an eine bestimmte Partei gebunden, der Kandidat für den Kongress verspricht ihnen, wenn sie ihre Leute dazu bringen, ihn zu wählen, dass er dafür sorgt, dass die Strasse in ihrem Dorf asphaltiert wird. Es gibt zwar linke indigene Parteien, die drei bis vier Prozent der Stimmen erhalten, aber sie sind verteilt auf fünf oder sechs Splittergruppen, die sich nie zusammenraufen können.

Sind das aus Basisorganisationen entstandene Parteien oder stammen sie aus Guerillagruppen, die ins zivile Leben zurückgekehrt sind?

Es sind praktisch alles Nachfolgeorganisationen der Guerilla, und sie haben alle auch die Konflikte der Guerillas, die untereinander nicht besonders einig waren, geerbt. Nach dem Friedensvertrag hat es keine linke Bewegung mehr gegeben, mit Ausnahme der neuen Zivilgesellschaft, die seit Anfang dieses Jahres kraftvoll an die Öffentlichkeit tritt – im April gab es die ersten Demonstrationen –, sich jedoch nicht in einer Linie mit der indigenen Linken sieht. Diese Zivilgesellschaft hat ihre Wurzeln eher in der liberalen Mittelschicht, also bei den Ladinos, in städtischen Verhältnissen, in der nicht ganz armen unteren Mittelschicht und in den Universitäten. Es bestehen Beziehungen zu traditionellen Organisationen wie den Campesinos, aber eher zwischen den Funktionären als zwischen der Basis. Die DemonstrantInnen sind in den Städten sehr präsent, aber man muss sich bewusst sein, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mitmacht. In den Dörfern sind sie noch nicht wirklich angekommen.

Dann ist die Situation in Guatemala nicht zu vergleichen mit anderen lateinamerikanischen Bürgerkriegsländern, in denen Militärdiktaturen durch linkspopulistische Regierungen abgelöst wurden?

Nein, überhaupt nicht. Die Regierungen nach dem Ende des Bürgerkrieges 1996 waren alles rechte Regierungen, wobei die politische Orientierung gar keine so grosse Rolle spielt, charakteristisch ist eher die Korruption als gemeinsamer Nenner. Politik dient nur dazu, die Macht zu erhalten und zu mehren sowie wirtschaftlichen und ökonomischen Gewinn daraus zu ziehen. Die indigene Bevölkerung ist davon komplett ausgeschlossen. Sie ist wohl oder übel passive Mitspielerin in diesem System, indem sie ihre Stimme verkauft.

Es gibt dabei zwei Tendenzen. Zum einen sind da die Funktionäre der Mayas, die sich in die nationale Politik einbringen. Sie sagen, ja, wir sind ein Teil des Staates, wir sind für ein multiethnisches Guatemala, ähnlich wie in Bolivien, und wir wollen unseren Platz in dieser multiethnischen Gemeinschaft haben. Andere indigene Volksgruppen gehen eher auf Distanz, ganz allgemein zur Moderne, und organisieren sich parallel zum Staat. Typisch sind etwa die Xinca. Sie haben regional ein Parlament eingerichtet, bei dem sie ihre Anliegen unter sich diskutieren und diese dann anschliessend mit dem Staat als Gegenüber verhandeln.

Indigene wollen die Konflikte untereinander selbst lösen? Sogar mit einer eigenen Gerichtsbarkeit?

Das gibt es. Es gibt in der guatemaltekischen Verfassung sogar einen relativ fortschrittlichen Artikel, dass die Traditionen und Normen der Mayas respektiert werden müssen, und das schliesst eine niedrige Gerichtsbarkeit ein. Es gibt zwei Arten von lokalen Bürgermeister, den staatlichen Alcalde des Bezirks und in den indigenen Dörfern parallel dazu den indigenen Bürgermeister, der dem Rat der Ältesten vorsteht. Dieser hat den Anspruch und die Autorität – in den meisten Orten wird er auch entsprechend respektiert –, Nachbarschafts- oder Familienkonflikte im Dorf zu lösen, unabhängig von der staatlichen Gerichtsbarkeit.

Das ist ähnlich wie in Bolivien, wo dieses Recht auf eine separate Gerichtsbarkeit noch besser verankert ist. Was in Guatemala fehlt, ist das Gesetz zu dieser Verfassungsbestimmung, es ist zwar in Arbeit, ist aber eines dieser Vorhaben, die stocken. Mit der Verfassung verhält es sich wie mit den Friedensverträgen, die sehr fortschrittlich sind, es fehlt aber häufig die gesetzliche Grundlage zur Umsetzung, insbesondere bleiben die Zuständigkeiten in der Verfassung unklar und sind relativ allgemein formuliert.

1954 wurde Präsident Jacobo Arbenz gestürzt – er hatte Schweizer Wurzeln. Damals gehörten 40 Prozent des bebaubaren Bodens der amerikanischen United Fruit Company. Als Arbenz diejenigen Ländereien verstaatlichen wollte, die von der United Fruit Company nicht bebaut wurden, intervenierten die Amerikaner. Wie steht es heute um den Grossgrundbesitz in Guatemala?

Die Bodenreform von Jacobo Arbenz hat ja nicht einmal ein Jahr gedauert, be-

PWS
Peace Watch Switzerland

Peace Watch Switzerland möchte durch internationale Präsenz, Beobachtung und Begleitung Schutz für lokale, friedensfördernde Kräfte und gewaltfreie Initiativen anbieten. Eine Menschenrechtsbeobachtung erfolgt auf Anfrage aus den Konfliktregionen. Die BeobachterInnen mischen sich dabei nicht in Konflikte ein, ihre Einsätze sind offen und transparent. PWS organisiert zusammen mit den Peace Brigades International PBI regelmässig Einführungsabende in grösseren Schweizer Städten.

Informationen: Peace Watch Switzerland, Quellenstr. 25, 8005 Zürich, Tel. 044 272 27 88, info@peacewatch.ch, www. peacewatch.ch



vor er gestürzt wurde. Und darum sind ganz wenige seiner Absichten realisiert worden. Die Geschichte mit der United Fruit ist eine solche Ausnahme, die auch politisch eine grosse Bedeutung hatte, weil Arbenz die Gesellschaft für das ihr enteignete Land nur zu dem Wert entschädigen wollte, den sie auch versteuert hatte. Damit hat er der United Fruit eine Falle gestellt, den diese versteuerte nicht den realen Wert ihrer Grundstücke, sondern mithilfe von Korruption sehr viel weniger, es handelte sich dabei um wenige Rappen pro Quadratmeter. Arbenz hat nur die nicht bebauten Gebiete verstaatlicht, zum Beispiel wurde bei einer Finca eines Kaffeegrossgrundbesitzers seine Plantage nicht verstaatlicht, sondern nur das Land, das er zusätzlich als unbebaute Reserve hatte.

90 Prozent dieser angestrebten Verstaatlichungen konnten in dieser kurzen Zeit nicht umgesetzt werden, weil es immer wieder Gerichtshändel und grosse Widerstände gab. Und nach Arbenz' Sturz wurde ein Teil der Reformen rückgängig gemacht. Land, das an die Campesinos verteilt worden war, wurde wieder den Plantagenbesitzern zugesprochen. Ein Teil blieb den Campesinos, weil sich der Besitzer sagte, ich mag nicht streiten, Hauptsache, ich habe Arbeitskräfte in der Nähe. Bei einem anderen Teil blieb unklar, wem jetzt dieses Land gehört, weil die Besitztitel nicht geregelt waren. Aber zunächst wurden nach dem Sturz von Arbenz alle Entscheidungen der Landreform negiert. Spätere Regierungen haben dann einen Teil der Landreform weitergezogen.

Ein interessantes Beispiel ist das Dorf Santa Maria Tzejá, das ich kennengelernt habe: Nach der Landreform und während der Militärregierungen war die Angst vor dem Kommunismus gross. In diesem Dorf in den Bergen waren die Lebensbedingungen so schlecht, dass sich die unzufriedenen Menschen erhoben. Worauf ein spanischer Priester, Luis Gurriaràn López, eingeflogen wurde. Die Idee war, dass er mithilfe der Religion die Menschen wieder beruhigen sollte. Das Ergebnis war umgekehrt. Dieser Priester empörte sich über die Arbeitsbedingungen der Campesinos und suchte nach Alternativen.

Die Campesinos auf der Finca haben keinen eigenen Landbesitz, sondern werden zusammen mit dem Land gekauft. Für die Campesinos jedoch ist es nicht fremdes Land, auf dem sie leben und das sie bebauen, sondern das angestammte. Nach dem Verständnis des Finquero sind Campesinos Leute, die ihm verpflichtet sind, weil er ihnen Arbeit gibt. Sie stehen also in grosser Abhängigkeit vom Finquero, weil er die Infrastruktur für das Dorf erstellt, für Wege sorgt, den Einkaufsladen betreibt, die Saläre bestimmt usw. Je nach sozialer Einstellung sind die Bedingungen etwas besser, es gibt auch die paternalistischen Finqueros, die gut zu ihren Leuten schauen, die vielleicht sogar eine Dorfschule finanzieren und die medizinische Versorgung sicherstellen.

Der erwähnte Priester hat Wege gefunden, damit die Campesinos unabhängig von einem Finquero arbeiten und leben konnten. Denn es gab noch Reste der früheren Landreform, wo die Regierung über eigenes Land verfügte, das nicht in Privatbesitz war, etwa im Dschungel oder unten im Flachland. Er handelte ein Gebiet mit der Regierung aus und die Campesinos konnten dort ein Dorf aufbauen, mit Privatbesitz und Gemeinschaftseinrichtungen. Die Landreform war also nicht völlig gescheitert, es gab kleinere Projekte wie in Santa Maria Tzejá, die das Dorf von einem Grossgrundbesitzer unabhängig machten und danach relativ erfolgreich weiterentwickelt wurden.

In den höheren Regionen gibt es neben dem Grossgrundbesitz auch die Ausbeutung der Bodenschätze. Dagegen gibt es heute grossen Widerstand der Indigenen.

Praktisch alle Kraftwerk- und Minenprojekte stossen heute auf heftigen Widerstand. Vor 20, 30 Jahren war Widerstand eher eine Ausnahme. Das hat wohl mit der ökologischen Bewegung zu tun, aber auch damit, dass die Repression nicht mehr so hart ist wie früher während des Bürgerkrieges. Sehr viele dieser Minen-, aber auch Hydro-Elektroprojekte waren unter dem Schutz der Militärs durchgezogen worden und jeder Kritiker eines solchen Projektes wurde mit dem internen Feind, mit der Guerilla, gleichgesetzt. Repression war deshalb an der Tagesordnung. Heute ist solches in diesem Ausmass nicht mehr möglich, weil die Diskussion darüber, ob solche Projekte zum Nutzen des Landes oder eher zum Schaden sind, öffentlich geführt wird.

Es handelt sich vor allem um zwei Arten von Grossprojekten. Einerseits geht es um riesige Staudämme, die Schäden nach sich ziehen wie Überflutung des Landes und Wassermangel unterhalb der Staumauern, auch die Infrastruktur, die nötig ist, um sie zu bauen, bedeutet eine Belastung. Anderseits sind es Minenprojekte, in der Regel Tagbauminen mit sehr viel Staub. Weil die Minen nicht so ergiebig sind, kann man das Metall nicht nur mechanisch extrahieren und ausschmelzen, man muss es zusätzlich mit chemischen Mitteln tun. Das heisst, es entsteht sehr viel chemisch verunreinigtes Abwasser, das selbstverständlich nicht gereinigt wird, sondern in Becken gelagert und manchmal durch Unfälle oder auch mit Absicht in die Gewässer abfliesst. Befürchtet wird, dass die lokale Ökologie durch diese Minenprojekte zerstört wird.

Die Minengesellschaften bieten zwar Arbeitsplätze an, heben dadurch aber das lokale Preisniveau an, womit die einheimischen Bauern nicht mehr zurechtkommen. Die meisten Leute sind Selbstversorger und beschaffen sich nur die Luxusprodukte, Dünger und Saatgut vom Markt. Zum Beispiel Zucker, weil Zuckerrohr nur in den Küstenregionen wächst, müssen sie ihn auf dem Markt kaufen.

Fortsetzung Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

Die Sicherheitsfirmen, die von den Unternehmen verpflichtet werden, schauen dabei nicht nur dazu, dass das Abbaugebiet nicht betreten wird, sondern haben auch die Aktivisten im Visier und bedrohen sie verbal: «Wenn du nicht aufhörst, Propaganda gegen uns zu machen, wird das schlimme Folgen für dich und deine Familie haben.» Sie schrecken aber auch vor direkter Gewalt nicht zurück, etwa indem sie gezielt Schüsse abgeben, Veranstaltungen stören oder besetzte Zugangsstrassen in Zusammenarbeit mit der Polizei räumen usw.

Da kommt jetzt Ihre Arbeit als Menschenrechtsbeobachter zum Einsatz. Wie beschützt Ihr den lokalen Widerstand?

Wir begleiten gefährdete Personen, natürlich nicht rund um die Uhr, sondern punktuell, zum Beispiel in Mataquescuintla. Dort ist ein Minenprojekt geplant, es geht um eine Erweiterung einer bereits im Nachbarbezirk bestehenden Mine. Die Gemeinde will das nicht und hat auch vor drei Jahren darüber abgestimmt. Einer der zentralen Aktivisten, ein Kaffeebauer, wurde 2014 in seinem Auto beschossen, seine Tochter wurde dabei getötet. Er selbst ist mit dem Leben davongekommen, wurde aber verletzt und kann seinen Arm nicht mehr gebrauchen. Er und seine Familie haben nun um Begleitung durch ACOGUATE gebeten.

Wir haben diese Familie punktuell begleitet, das heisst, wir haben sie alle paar Wochen besucht und dies auch öffentlich sichtbar gemacht – wir trugen die grüne ACOGUATE-Weste (siehe Bilder). Wir konnten aber nicht verhindern, dass vor ein paar Wochen dieser Mann und zwei seiner Kollegen, die ebenfalls in dem Widerstandskomitee mitarbeiten, erneut beschossen wurden. Alle drei hatten dabei Glück. Beim einen wurde die Kugel durch einen Knochen abgelenkt worden und fuhr ins Bein. Der andere hatte einen Durchschuss in der Brust, den dritten hat es nur am Arm erwischt. Das zeigt, dass die Begleitung kein 100-prozentiger Schutz ist, sie kann es auch nicht sein. Insgesamt hat sie aber dennoch eine Wirkung, nämlich dann, wenn wir, aber auch andere Hilfsorganisationen über solche Geschehnisse informieren. So wird die Minengesellschaft Tahoe Resources verantwortlich gemacht für das Verhalten ihres Sicherheitspersonals. In einem andern Fall läuft bereits seit 2012 ein Prozess in Kanada.

Also sind hier nicht nur die örtlichen Gerichte involviert. Wer hat diesen Prozess in Kanada angestrengt?

Wir sind nur ein kleiner Teil in diesem Puzzle. In Kanada gibt es eine Organisation namens Mining Watch Canada, die die Tätigkeit der Minengesellschaften beobachtet. Ursprünglich ging es wohl um Ökologie in Kanada selber, aber die Organisation hat sich bald einmal gefragt, was kanadische Gesellschaften im Ausland treiben. Im erwähnten Fall hat sie deshalb eine Verantwortungsklage geführt. Das oberste Gericht von Ontario liess zu, dass auch das Verhalten einer Tochtergesellschaft der kanadischen Gerichtsbarkeit untersteht, also ähnlich, wie es die Konzernverantwortungsinitiative (siehe Kasten unten) vorsieht. Jetzt wird diese Verantwortlichkeit in Kanada behandelt, und zwar über drei Stufen hinweg, also die kanadische Muttergesellschaft Hudbay Minerals ist verantwortlich für die guatemaltekische Tochter Compañia Guatemalteca de Niquel S.A., und die wiederum für das Handeln der Sicherheitsgesellschaft Delta S.A., die die Tochtergesellschaft beauftragt hat.

Diese Sicherheitsgesellschaften sind ein grosses Problem in Guatemala. An jeder Strassenecke sieht man Sicherheitsleute mit Pump-Guns. Es gibt etwa 150 solcher Firmen, die ihre Leute mit fantasievollen Uniformen ausstaffieren. Die Leute, die die Fäden ziehen, sind häufig Ex-Militärs oder Männer, die während des Bürgerkriegs in den Geheimdiensten gearbeitet haben. Unter ihnen befinden sich auch ausländische ‹Experten›, die eingeflogen werden, etwa aus den USA oder aus Israel.

Ist der Widerstand gegen Grossprojekte eher grundsätzlich ausgerichtet oder kämpft man um mehr Mitbestimmung bei der Realisierung der Projekte? Zum Beispiel, dass die Flüsse nicht verseucht werden oder Enteignungen bei Staudämmen besser entschädigt werden?

Darüber habe ich mit vielen Menschen gesprochen. Ich habe aber niemanden angetroffen, der gesagt hätte, ein solches Projekt wäre diskutabel, wenn die Bedingungen, also die Restwassermengen oder die Art und Weise, wie die Kläranlagen für die giftigen Abwässer gehandhabt werden, verbessert würden. Nein, es ging um fundamentale Kritik an diesen Grossprojekten. Die Eingriffe in die Landschaft, aber auch in die soziale Struktur sind so gross, dass die indigene Lebensart zerstört wird. Dagegen wehrt sich die Bevölkerung auf dem Land.

Können Sie uns noch etwas zu den Zehntausenden von Verschwundenen sagen?

Die Konzernverantwortungsinitiative

Globale Geschäfte? Globale Verantwortung! Seit April 2015 läuft die Unterschriftensammlung für die sogenannte Konzernverantwortungsinitiative, die für multinationale Unternehmen mit Sitz in der Schweiz eine Sorgfaltspflicht einführen möchte, damit diese zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt verpflichtet werden können. Dieses Instrument orientiert sich an den 2011 verabschiedeten «UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte».

Demnach muss ein Konzern vorab all seine Geschäftsabläufe und -beziehungen durchleuchten, um mögliche Risiken für Mensch und Umwelt zu identifizieren. Anschliessend muss er solch potenziell negative Auswirkungen seiner Geschäftstätigkeit mit wirksamen Gegenmassnahmen bekämpfen. Und als dritten Schritt ist er verpflichtet, transparent über allfällig verletzte Rechte und die dagegen ergriffenen Vorkehrungen zu berichten.

Um zu gewährleisten, dass alle Unternehmen ihre Sorgfaltsprüfungspflicht wahrnehmen, sollen Schweizer Konzerne auch für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden haften, die von ihnen kontrollierte Firmen begehen. Kann ein Unternehmen aber glaubhaft nachweisen, dass es die Sorgfaltsprüfung umfassend durchgeführt und alle nötigen Massnahmen getroffen hat, ist es von der Haftung befreit. Die Initiative wirkt also präventiv und gibt Unternehmen einen wirksamen Anreiz, das Richtige zu tun.

Unterschriftenbogen und Informationen: Verein Konzernverantwortungsinitiative, Postfach 8609, 3001 Bern, Tel. 031 390 93 36, info@konzern-initiative.ch, www. konzern-initiative.ch

Während des Bürgerkrieges sind viele Menschen zunächst verhaftet worden, sei es durch das Militär oder durch das Paramilitär, die PAC (Patrullas de Autodefensa Civil), und in Militärstützpunkte überführt worden. Ihre Verwandten haben nachgefragt, haben dabei vielleicht in den ersten Stationen noch erfahren, wo ihr Vater hingebracht wurde. Der Kommandant sagte, ja, der war bei uns, er ist verlegt worden, wir wissen nicht genau wohin, fragt mal in diesem Lager nach. Doch wenn sie dort nachfragten, war nicht mehr zu eruieren, wohin sie gebracht wurden. Das war eine Art des Verschwindenlassens. Es gibt aber auch ganze Gruppen, häufig Männer, die vom Militär weggebracht, erschossen und in den Wäldern vergraben wurden. Dort verliert sich ihre Spur, zum Teil wurden ihre Knochen wiedergefunden, aber nur zu einem kleinen Teil.

Es gibt zwei oder drei Organisationen in Guatemala, die sich um diese Fälle von Verschwundenen kümmern. Sie arbeiten mit Exhumierungen, suchen versteckte Massengräber auf und versuchen, über DNA-Analysen die Beziehungen zwischen den gefundenen Knochen und den Menschen, die nach diesen Verschwundenen suchen, herzustellen. Die forensische Anthropologie in Guatemala ist durch diese Arbeit auf dem neusten Stand. Sie ist eine relativ grosse Organisation und arbeitet mit zwei Datenbanken, jener der wiedergefundenen Knochen und jener der DNA-Daten von Leuten, die ihre Angehörigen suchen.

Das ist immer noch sehr aktuell für Menschen, die ihren Partner verloren haben oder ihre Verwandten – häufig waren es mehrere, vor allem männliche Verwandte. Für sie hat es eine grosse Bedeutung, ihre Verwandten wiederzufinden und selbst beerdigen zu können, es gelingt aber nur äusserst selten. Diese Suche ist zum einen individuell motiviert: Ich möchte wissen, wo mein Partner geblieben ist, und ich möchte ihn beerdigen, ich möchte einen Ort haben, wo ich meine Trauer abschliessen kann. Sie hat aber auch eine kollektive Dimension «Wir werden nicht vergessen, was geschehen ist» – als Dorf, aber auch als Ethnie, als Maya in Guatemala.



Die internationale Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG spielte in der letzten Zeit eine wichtige Rolle im Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Korruption. Wie hat sich diese Kommission gebildet und was bedeutet sie für Guatemala?

Nach den Friedensverträgen verfolgte man international deren Umsetzung, und es stellte sich die Frage nach der strafrechtlichen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen. Damit kam das Thema der institutionalisierten Straflosigkeit auf Tapet. Die UNO wollte die in ganz Zentralamerika angelegte Tradition der Straflosigkeit, nicht nur in Bezug auf politische Verbrechen, sondern auch bezüglich der alltäglichen Kriminalität stoppen und einen Neuanfang schaffen, indem Guatemalteken zusammen mit internationalem Personal die Straflosigkeit bekämpfen sollen.

Die Kommission selbst hat keine gerichtliche Kompetenz, sondern ist darauf angewiesen, mit den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden in Guatemala zusammenzuarbeiten. Sie kann nur recherchieren und Untersuchungen anstossen. In den ersten paar Jahren ging das relativ zahm zu und her, war immer mit Schwierigkeiten verbunden, mit Widerstand von Seiten der Strafverfolgungsbehörden, die Kommission verfügte auch nur über ein knappes Budget.

Seit zwei Jahren, vielleicht auch im Zusammenhang mit dem Genozid-Prozess gegen Rios Montt, hat die CICIG an Stärke und Einfluss gewonnen. Heute bekennen sich alle von links bis rechts zur CICIG. Der kürzlich neu gewählte Präsident, Jimmy Morales, der im Verdacht steht, eine Marionette der Militärs zu sein, hat gesagt, er werde die CICIG nicht anrühren und ihr Mandat bis 2021 verlängern, sie werde auch genügend Mittel erhalten. Das ist eine grosse Chance für Guatemala, weil damit das politische System reformiert werden kann – oder es gibt zumindest einen Anstoss dazu.

Die aktuelle politische Situation in Guatemala ist zur Zeit sehr spannend. Der neugewählte Präsident Jimmy Morales tritt an mit dem Versprechen, die Korruption zu bekämpfen, die Organisationen der Zivilgesellschaft und sogar der Unternehmerverband drängen auf eine Reform des politischen Systems. Das sind an sich günstige Voraussetzungen für eine bessere Zukunft für Guatemala. Wären da nicht die alten, aber immer noch funktionierenden Netzwerke der Militärs, der Oligarchen und des internationalen Kapitals, für die jede Reform eine Bedrohung ihrer Interessen darstellt.

Nachruf auf Aline Boccardo, Gründerin der Frauen für den Frieden Schweiz

Zeitzeugin und Friedenskämpferin

Am 1. Oktober 2015 starb in Bad Ragaz Aline Boccardo, die den Anstoss zur Gründung der Frauen für den Frieden Schweiz gegeben hatte. Sie war unermüdlich in ihrem Engagement für den Frieden, die Frauen und die Umwelt.

/ Peter Weishaupt /

Aline Boccardo wurde 1920 als Halina Zolondeck in der Nähe von Danzig (damals deutsch) geboren. Beim Einmarsch der Deutschen in Polen 1939 flüchtete sie zunächst nach Warschau, wo sie eine Praktikumsstelle im Aussenministerium fand. Von dort gelangte sie dann, ganz auf sich allein gestellt, unter schwierigsten Umständen über Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Italien nach Paris. Sie fand Kontakt zur französischen Résistance, wo sie dank ihres perfekten Deutsch sehr willkommen war.

Gründung der Frauen für den Frieden

Nach dem Zweiten Weltkrieg wanderte sie nach Chile aus, wo sie ihren Mann Mario Boccardo kennenlernte. 1960 kehrte sie wieder nach Europa zurück. Sie interessierte sich zunehmend für die Länder der Dritten Welt, dort vor allem für die Rechte der Frauen und Kinder. Später kam der Wunsch dazu, sich für den Frieden und die Abrüstung einzusetzen – damals waren dies noch absolute Reizwörter. Vorbilder fand sie in



den mutigen Frauen der Women for Peace. Die Organisation nahm Frauen aus beiden Lagern auf und organisierte in Nordirland inmitten des Bürgerkrieges zwischen Katholiken und Protestanten einen Friedensmarsch, wofür die beiden jungen Frauen Mayread Corrigan und Betty Williams 1976 den Friedensnobelpreis bekamen.

Aline Boccardo gab ein Jahr später in Luzern den Impuls zur Gründung der Schweizer Frauen für den Frieden, die schnell Gruppen in vielen Schweizer Städten aufbauen konnten. Den Anstoss dazu fand sie in Israel. Sie hatte dort seltsam geformte Steine gefunden, in denen sie in ihrer Fantasie Überreste von Tieren und Menschen sah, wie sie in Hiroshima und Nagasaki gefunden worden waren: «Wenn die Menschen schweigen, dann werden die Steine schreien.»

Unerschöpfliches Engagement

Aline Boccardo entwickelte zahlreiche, oft Aufsehen erregende Aktivitäten, vor allem gegen die zunehmende atomare Aufrüstung der Grossmächte. Dazu gehörten etwa das Fasten für den Frieden, das Organisieren von Friedensdemonstrationen vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag, die Teilnahme an verschiedensten Friedenskonferenzen, das Schreiben von Protestbriefen an die Mächtigsten dieser Welt (damals US-Präsident Ronald Reagan und dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow) und der Versuch, den Papst und andere Kirchenvertreter für ein stärkeres Friedensengagement zu gewinnen. Sie wollte ihre ‹Töchter› und ihre Mitwelt immer wieder auf- und wachrütteln und konnte damit auch unangenehm sein, setzte aber Wegmarken, um die niemand herumkam.

1992 gründete sie den Umweltverein SOS Rio, der sich für die Umsetzung der Agenda 21 einsetzt, dem entwicklungs- und umweltpolitischen Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. 2003 veröffentlichte sie ihren spannenden Lebensbericht, zu lesen sind ein informatives Zeitbild einer unerschrockenen Frau und eine schonungslose Bilanz ihrer erfolgreichen, aber auch Anfeindungen ausgesetzten Aktionen. Die Weggefährtinnen Leni Altwegg und Marga Bührig würdigten Aline Boccardo mit je einem Vorwort. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte Aline Boccardo im St. Gallischen Bad Ragaz.

Quellen (Auswahl): **Friedfertig und widerständig:** Frauen für den Frieden Schweiz. Huber Verlag, Frauenfeld 2006. – Aline Boccardo: **Frauen für den Frieden**. Ein Lebensbericht. Paulusverlag, Freiburg 2003 (beide vergriffen).



Weltweit finden jedes Jahr zwischen dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November und dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember Aktionen gegen Gewalt an Frauen statt. Unter dem Slogan «Home sweet home – häusliche Gewalt ist nie privat» setzt die diesjährige Kampagne den Fokus auf häusliche Gewalt, die am meisten verbreitete Form von Gewalt gegen Frauen. Die Aktionstage mit rund 50 MitveranstalterInnen werden seit 2008 in der Deutschschweiz und Liechtenstein vom Christlichen Friedensdienst koordiniert.

Informationen auf www.16tage.ch

CIVIVA
zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Beratungsabende in Zürich

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA führt regelmässig Beratungsabende für Dienstpflichtige zu den Themen Wehrpflicht, Zivildienst, Militär und Tauglichkeit durch. Die Anlässe sind offen für alle, beginnen jeweils am Mittwochabend um 19 Uhr. Mitzunehmen sind relevante Unterlagen (Marschbefehl, Verfügungen usw.) und 20 Franken Unkostenbeitrag.

Details und Daten sind zu finden unter ***www.civiva.ch/beratung***

Buchrezension

Samar Yazbek: Die gestohlene Revolution

Samar Yazbek veröffentlichte 2012, ein Jahr nach Ausbruch der syrischen Revolution, ihr erstes Buch «Schrei nach Freiheit. Bericht aus dem Inneren der syrischen Revolution». Kurz davor musste sie aus Syrien fliehen, da ihr Name auf einer Todesliste des Regimes aufgetaucht war. Als engagierte Journalistin für Bürgerrechte und die Rechte der Frauen hatte Samar Yazbek, als im März 2011 die syrische Revolution begann, ein Protokoll der Protestbewegung geschrieben und aus der Haft entlassene Demonstranten, aber auch Polizisten und Militärs befragt, worauf auch sie vom syrischen Geheimdienst massiv eingeschüchtert wurde und sie mit ihrer Tochter nach Paris fliehen musste.

Samar Yazbek kehrte seither mehrfach heimlich in ihre Heimat zurück und beobachtete, wie sich die Revolution im Jahre 2011 von einem friedlichen Bürgerprotest gegen die Diktatur zum bewaffneten Widerstand und zum Bürgerkrieg – der immer stärker von islamistischen Gruppen dominiert wird – entwickelte. Ihr neues Buch «Die gestohlene Revolution: Reise in mein zerstörtes Syrien» wurde Ende September



2014 beendet und 2015 veröffentlicht und ist mehr als aktuell. Es erklärt, warum sich immer mehr Menschen gezwungen sehen, das kriegsversehrte Syrien mit ihren Familien zu verlassen und nach Europa zu fliehen. Die Schilderungen von Samar Yazbek über den Granaten- und Fassbombenhagel zeigen die Not und Angst der noch verbleibenden Bewohnerinnen und Bewohner, die in ihren zum Teil ausgebombten Wohnungen und Häuser ausharren. Die Autorin beschreibt sehr eindringlich Schicksale: die mutigen Aktivisten, die unter grosser Lebensgefahr Fotos und Filme in die Welt schicken; ein Soldat, der desertiert, weil sein Kamerad umgebracht wurde, da er sich weigerte, eine Frau zu vergewaltigen.

Samar Yazbek ist auch darüber erschüttert, dass die Welt nicht wahrhaben will, dass das, was in Syrien vor sich geht, vor unseren Augen passiert und dass die ganze Welt sich notgedrungen und berechtigterweise für den IS interessiert, während jedoch Assads Flugzeuge weiterhin Zivilisten im Umland von Damaskus, Homs und Aleppo bombardieren. Samar Yazbek hat, seitdem sie wieder in Frankreich lebt, weiterhin mit mutigen Männern und Frauen vor Ort Kontakt, die für ein Leben in Freiheit tagtäglich ihr Leben riskieren und mit den dschihadistischen Gruppen nichts zu tun haben wollen.

Francine Perret

Samar Yazbek: **Die gestohlene Revolution: Reise in mein zerstörtes Syrien.** Nagel & Kimche Verlag, Zürich 2015, 176 Seiten, Fr. 27.90.



FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch
PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Beat Luder, Iwona J. Fluda, Fabian Lötscher, Marcela Guerrero Bustos, Francine Perret, Liliane Studer, Ruedi Epple, Peter Keimer, Urs Sekinger.

Bilder: Titelseite, Seite 6 und 14: Kichka; Seite 11: L. Zeleny; Seite 13: Iwona J. Fluda; Seite 15: Urs Sekinger; Seite 17 und 19: Peace Watch Switzerland; Seite 16 und 21: Peter Keimer; Seite 22: Lini Culetto.

Druck: gdz AG, Zürich
Auflage: 2000 Ex., Dezember 2015

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

myclimate PERFORMANCE neutral Drucksache
No. 01-15-858429 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C009035

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

70 JAHRE 1945 - 2015

Podiumsdiskussion

Flüchtlingspolitik als Herausforderung für die nächsten Jahre

Mittwoch, 16. Dezember 2015, 19:00 h, Zürich
Rote Fabrik, Seestr. 409, 8038 Zürich

– ***Barbara Büschi***, stv. Direktorin Staatssekretariat für Migration SEM
– ***Constantin Hruschka***, Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
– ***Annemarie Sancar***, KOFF/Swisspeace
– ***Gianni D'Amato,*** Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien
– ***Ruedi Tobler***, Präsident Schweizerischer Friedensrat

Gesprächsleitung: ***Markus Mugglin***, Gesellschaft für Aussenpolitik

Mit Kriegsmateriallieferungen, Unterstützung von Kriegsparteien bis hin zu direkter Intervention heizen die Grossmächte die schlimmsten Kriege der Gegenwart an, statt dass sie ihre gemeinsame Verantwortung für den Weltfrieden im UNO-Sicherheitsrat wahrnehmen. Das hat zu über 60 Millionen Flüchtlingen und intern Vertriebenen geführt – der grössten Zahl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der allergrösste Teil der Menschen auf der Flucht befindet sich in der so genannten Dritten Welt. Es gelingt Europa jedoch immer weniger, sich gegen das Flüchtlingselend abzuschotten. Darum ist die Asylpolitik in Europa und der Schweiz zur umstrittensten politischen Herausforderung geworden. Mit diesen Fragen befassen wir uns mit ausgewiesenen Fachleuten am abschliessenden Abend unserer Veranstaltungsreihe zum Jubiläum des Friedensrates.

FRIEDENSZEITUNG

DIE FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES


FRIEDENSZEITUNG

Entspannung und Konfliktlösung oder noch mehr Krieg

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die FRIEDENSZEITUNG:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

❑ Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
❑ Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis


FRIEDENSZEITUNG

Dichtmachen gegen Flüchtlinge zu Wasser, zu Lande und in der Luft

Name, Vorname

Adresse

PLZ/Ort Datum

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch